

Gegen die Hugenberg-Lüge!

Aufruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Magdeburg, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt unter der Überschrift: „Die Stammrollen der Ehrab-schneider liegen auf“ folgenden Aufruf:

„Am 3. Oktober sanken die Flaggen aller Staaten auf Halbmast. Die zivilisierte Welt trauerte um einen deutschen Staatsmann. Am 6. Oktober trug Deutschland Gustav Stresemann zu Grabe, der für immer in der Geschichte als einer der großen Männer seines Volkes fortleben wird. Vom 16. bis 29. Oktober legen die Listen für ein Volksbegehren auf, das die von Ebert, Erzberger, Rathenau und Wirth begonnene, von Stresemann erfolgreich fortgeführte Politik der Befreiung des Rheinlandes als ein landesverräterisches Verbrechen erklärt, dem Toten ein Zuchthausurteil ins Grab nachwirft und die Fortführung seiner Politik als chlo-lose und zuchthauswürdige Handlung bezichtigt.“

Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Listen des Volksbegehrens einzeichnet, wirft dem greisen Reichspräsidenten von Hindenburg vor, daß er dem Sarge eines landesverräterischen Zuchthäuslers gefolgt ist und nicht dem des außenpolitischen Führers des deutschen Volkes, der Deutschland wieder in die Reihen der Großmächte der Welt zurückführte. Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Listen des Volksbegehrens einzeichnet, wirft dem Reichspräsidenten von Hindenburg vor, daß er eine Politik des Landesverrates gedeckt und gebilligt habe und von Rechts wegen mit allen Mitgliedern der Reichsregierung in ein Zuchthaus gehen.“

An Stresemanns Bahre rief Vizepräsident von Kardorff aus: Unbegreiflich will mir scheinen, daß man es gewagt hat, diesem treuesten Patrioten die politische, die nationale und die persönliche Ehre abzuschneiden! Vom 16. bis 29. Oktober wird sich erweisen,

wer den traurigen Mut aufbringt, mit seinem Namen für ein ehrab-schneiderisches Unternehmen einzustehen.

Es wird sich erweisen, wer aus parteilagerischen Gründen in Deutschland die Fortdauer der Besetzung des Rheinlandes will, wer die in schweren Kämpfen erreichten Zahlungserleichterungen Deutschlands ablehnt, wer mehr zahlen will, als die einstigen Gegner im Weltkriege noch fordern, wer eine neue Inflationskatastrophe der Politik des planmäßigen Ringens um Deutschlands Wiederaufstieg vorzieht.

Die fremden Truppen am Rhein sind im Ab-rücken. In wenigen Monaten wird der letzte die deutsche Grenze verlassen. Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Listen des Volksbegehrens einzeichnet, ruft die fremden Truppen zurück über den

Rhein, gibt Deutschland einer neuen Invasion und Inflation preis, führt das deutsche Volk in ein Chaos.

Schmachvoll wie das ganze Volksbegehren sind die Mittel der Propaganda für die Einzeichnungen in die Listen. Wie fordern von den Parlamenten und Regierungen des Reiches und der Länder, daß sie die Flut von Lügen und Verleumdungen nicht widerstandslos über sich ergehen lassen.

Die Ehre des deutschen Volkes darf nicht zur Beute von Piraten der öffentlichen Meinung werden.

Die im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vereinigten Kriegs- teilnehmer und Republikaner werden von sich aus den Kampf wider die Verderber Deutschlands aufnehmen, die das demokratische Mittel des Volksbegehrens mißbrauchen, um inner- politische Ziele anzustreben, von denen sie wissen, daß sie nicht zu erreichen sind.

Der alte Gegner, Kameraden, den wir vor uns haben, der Gegner, gegen den wir uns vor bald 6 Jahren erhoben haben und den wir schlagen, so oft er sich zum Kampfe gestellt hat, der alte Gegner steht vor uns und spiegelt seiner Gefolgschaft vor, daß er uns schlagen werde mit einer Waffe, über die er bisher nur gehöhnt und gepochet hat. Den Mantel der Demok- ratie hat er sich umgehängt und die Maske eines Volksbegehrens wegen angeblicher außenpolitischer Ziele soll das heimtückische Antlitz des beabsichtigten innerpolitischen Angriffes auf die Ehre der Re- publik verdecken.

Wir sind gewiß, daß unsere Kameraden es verstehen werden, sich in der Abwehr den Mitteln des Angriffes anzupassen.

Gegen die Lügen und gegen die Lügner? Für Ehrlichkeit und Wahrheit!

Das ist die Parole für die Tage bis zum 29. Oktober.

Niemand, der sich vom 16. bis 29. Oktober in die Listen des Volksbegehrens einträgt, darf sich hinterher auf Nichtwissen der Wahrheit austreten. Wer sich in die Listen der Ehrab- schneider einträgt, muß wissen, daß er für die Folgen seines Handelns einzustehen haben wird.

Wer sich einträgt, muß wissen, daß er sich als Feind der Republik bekennet und Reichspräsident und Reichsregierung auf das schwerste beschimpft.

An die Arbeit, Kameraden! Auch diesmal muß der Gegner geschlagen werden. Ehrlichkeit und Wahrheit müssen siegen wider Lügen und Verleumdung!

Der Bundesvorstand. J. A.: Göring.

zu Unrecht so nennen und vielleicht auch aus Gründen, die mit Politik und Sozialismus nichts zu tun haben, ein Partei- buch erwerben, wie wir es bei den Klarets erleben — wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit geben. Viel schwerer ist es, auf Grund dieser Einstellung praktische Regeln für den „Umgang mit Menschen“ aufzustellen. Einen „Kritique“ für Parteigenossen gibt es nicht, und er wird auch nicht geschrieben werden können, wenn man nicht die viel- fältige Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens unerlaubt mechanisieren will. Dem Fingerspitzengefühl und dem Ge- schmack des einzelnen wird immer vieles überlassen bleiben. Aber leider hat die Erfahrung gelehrt, daß wir uns auf das Vorhandensein dieser Eigenschaften nicht immer allein verlassen können. Deshalb muß es zur Stärkung des Feingefühls eine ma- chsame Partei- einigung geben, und es muß das Wissen um eine Unduldsamkeit innerhalb der Partei gegen laze Moral als erzieherisches Mittel eingeschaltet werden.

Daß man mit Menschen, mit denen man als öffentlicher Funktionär zu tun hat, jede private Geschäftsver- bindung vermeiden soll, ist eine der klaren Lehren des Falles Klarets. Denn es geht nicht an, daß beim Vor- handensein solcher Verbindung erst in jedem Falle geprüft werden muß, ob die berechneten Preise angemessen waren oder nicht. Daß man Geschenke von Menschen, die man in irgend- einer Weise als öffentlicher Sachwalter begünstigen könnte — ob man sie begünstigt hat, ist nicht entscheidend — nicht an- nehmen darf, ist selbstverständlich. Daß Vorzugspreise den gleichen Charakter wie Geschenke haben, muß jedem bewußt sein. Ihr Angebot muß dazu führen, den Anbieter umsanft hinauszudrücken und nicht etwa mit sich selbst zu akkordieren, welchen gewählten Vorteil man durch eine Wohltätigkeits- spende auszugleichen hat. Menschen, denen man verwand- schaftlich oder freundschaftlich nahe steht oder mit denen man in privaten geschäftlichen Beziehungen steht, darf man auch durch Em- pfehlungen an amtliche Stellen oder Personen nicht im Verkehr mit der öffentlichen Verwaltung begünstigen. Hier ist es oft schwer, die Grenze zwischen erlaubtem und un- erlaubtem Verfahren zu erkennen, aber die Erfahrung zwingt zu der Mahnung, im Zweifel immer die Empfehlung zu ver- meiden; sie bedeutet doch meistens den Mißbrauch politischer Beziehungen zu Geschäften.

Der schwierigste Grenzfall ist wohl immer der persönliche gesellschaftliche Verkehr. Wir wollen gewiß nicht einer Abperrung der sozialdemokratischen Funktionäre von anderen politischen und gesellschaftlichen Schichten das Wort reden. Wir wollen nicht eine kleinbürgerliche Kontrolle über den privaten Umgang oder jede gemeinsam getrunkenen Flasche Wein einführen. Aber gerade hier muß an den guten Ge- schmack und das Verantwortungsgefühl stark appelliert werden. Wer sich dem privaten Luxus hingibt, wer seine Gäste nur mit Sekt glaubt „standesgemäß“ bewirten zu können, wer scheinbar überschüssiges Geld in Rennställen investiert, der wird schon in anständigen bürgerlichen Kreisen meist mit Mißtrauen angesehen, für den ständigen Umgang mit Sozial- demokraten taugt er bestimmt nicht. Dabei ist es ganz gleich- gültig, welcher politischen Richtung sich derartige Vertreter der Bourgeoisie zurechnen. Mit einem guten Abendbrot, einem angenehmen Badaufenthalt oder einer Flasche Wein wird in der Regel keine Bestechung ausgeübt werden, aber es entsteht durch sie leicht jene Form der „Kameraderie“, die dem Geschäftemachern mit den Politikern so erwünscht ist. Und mögen sich doch unsere Parteigenossen stets bewußt sein, daß von diesen Geschäftsleuten ihr Verkehr — der sehr oft politisch bunt gemischt ist — nicht um ihrer schönen Augen willen oder wegen ihres politischen Berstandes gesucht wird, sondern, daß es die „Beziehung“ ist, die man in jenen Kreisen so hoch schätzt, weil man weiß, wie leicht sie sich gelegentlich in Profit ummünzen läßt. Der Sozialdemokrat kann und soll der Berührung mit Kreisen anderer Gesinnung, anderer sozialer Position, anderer geschäftlicher Interessen nicht ängst- lich aus dem Wege gehen, aber er soll Distanz halten und sich nicht von Reichtum imponieren lassen; er muß sich bewußt bleiben, daß die „gute Gesellschaft“ die Gesellschaft ist, in der gute Geschäfte gemacht werden und in der die Vor- bereitung noch besserer Geschäfte fast immer der Grund der Ausdehnung des „politischen Freundeskreises“ ist. Ist dieses Bewußtsein lebendig, so ergibt sich für den Sozialdemokraten, der seine hohe Verantwortung als Funktionär und seine Ver- bundenheit mit der diesen gesellschaftlichen Formen fern- stehenden Arbeiterklasse nie vergessen darf, die Distanzierung von selbst.

In einem amüsanten Buch „La République des Camarades“ hat einmal der französische Journalist Robert de Jou- venel eine bittere Kritik der bürgerlichen Republik ge- übt, die mit den folgenden Sätzen beginnt:

„Michelet nannte die Republik „eine große Freundschaft“.

Michelet war ein Poet und die Zeiten haben sich geändert: die Republik ist nur noch eine große Kameraderie.

Unter den Männern, die die Ausgabe haben, in irgendeiner Eigenschaft die öffentlichen Angelegenheiten zu kontrollieren, hat sich eine große Intimität breitgemacht. Weder Sympathie, noch Verehrung, noch Vertrauen sind die Grundlage dieser Beziehung, sondern wirkliche „Kameraderie“, das ist so ein Mittel- ding zwischen Korpsgeist und Komplizentum.“

Hüten wir uns vor der „Kameraderie“. Sie ist gut für Politiker und Geschäftsleute, die das Gemeinwesen als eine Quelle der Bereicherung ansehen. Sie taugt nicht für Sozial- demokraten, die in jeder Amtsstube und an jedem Verhand- lungstisch den Kampf der Arbeiterklasse um den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu führen haben. Sozialismus verpflichtet, und wer die Ehre hat, für die Sozialdemokratie eine Funktion zu erfüllen, darf nicht auf die Duldsamkeit der Partei rechnen, wenn er sich in kompromittierende Beziehungen einläßt. Diese Lehre aus dem Fall Klarets muß rückwärtslos gezogen werden. Um der Partei willen, die die Heimat derer ist, die für eine ökonomisch und moralisch höhere Gesell- schaftsbildung kämpfen.

Macdonald fährt nach Canada.

Verzicht auf einen Flottenstützpunkt in Halifax?

New York, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Ramsay Macdonald hat am Montag New York ver- lassen und sich nach Canada begeben, wo er mit dem kana- dischen Ministerpräsidenten Mackenzie King die zwischen ihm und dem amerikanischen Präsidenten erörterten Fragen diskutieren will. Wie amerikanische Blätter zu wissen glauben, wird im Mittelpunkt der Besprechungen der Plan der britischen Arbeiterregierung stehen, den Flottenstützpunkt in Halifax fallen zu lassen.

Beamte gegen das Volksbegehren.

Eine Erklärung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamter.

Beim Abschluß eines gewerkschaftlichen Schulungskurses des Reichsverbandes Deutscher Post- und Tele- graphenbeamten richtete der Verbandsvorsitzende Kugler an die Verbandsfunktionäre und Mitglieder die Mahnung, sich von dem Volksbegehren gegen den Young-Plan fernzu- halten.

Der Reichsverband sei ebenso wie der Deutsche Beamtenbund parteipolitisch neutral, bei dem Volksbegehren handele es sich aber um ein Unternehmen, das aus allgemeinen staats- und beamtenpolitischen Erwägungen abzulehnen sei, zumal damit die höchsten Beamten des Reiches, wenn sie pflicht- gemäß Parlamentsbeschlüsse durchführen, dem Strafrichter über- antwortet werden sollten. Die Beamenschaft fühle sich als Diener der Republik und wende sich deshalb gegen jede Katastrophepolitik.

Die Spitzenorganisation der parteipolitisch neutralen Beamten- verbände, der Deutsche Beamtenbund, habe in seinem Organ gleich- falls gegen das Volksbegehren Stellung genommen.

Handelskammer gegen Volksbegehren.

In Hamburg.

Die Hamburger Handelskammer hat sich in ihrer Plenarsitzung am 11. Oktober mit dem Young-Plan beschäftigt. Sie hält den Young-Plan nicht für eine objektiv begründete Lösung, erkennt aber an, daß er eine organische Weiterführung des Weges darstellt, der schon mit der Annahme des Dawes-Planes nach ernster Abwägung aller wirtschaftlichen und politischen Momente beschritten wurde.

„Die Handelskammer würde es für ein Unglück halten, wenn das durch die Verfassung geschaffene Mittel des Volksbegehrens, das für Fragen überwiegend politischer Natur keinen großen Sinn hat, dazu führen würde, bei der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Young-Planes die nüchternen wirtschaftlichen Er- wägungen in den Hintergrund zu drängen, die für das Schicksal der mühsam wieder erstarkenden deutschen Wirtschaft bestimmend sind.“

Die Hamburger Handelskammer tut mit dieser Entschlie- ßung nur etwas Notwendiges und braucht deshalb kein Lob. Not- wendig ist aber, daß sich die übrigen Handelskammern ebenso klar gegen das Volksbegehren äußern, wie es hier ge- schieht.

Warnung vor Hugenberg.

Kardinal Bertram gegen das Volksbegehren.

Breslau, 14. Oktober.

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht folgende Kund- gebung des Fürstbischöflichen Kardinal Dr. Bertram zum Volksbegehren: Wiederholt haben deutsche Bischöfe eine ernste Warnung zur Teilnahme an solchem Verlangen und Bestrebungen veröffent- licht, die eine ruhige und gesunde, langsame Festigung des inneren und äußeren Friedens des deutschen Volkes bedrohen. Nicht partei- politische Stellungnahme oder Voreingenommenheit ist Beweggrund solcher Kundgebung, sondern die Sorge um den Wieder- aufbau dessen, was wir dem Weltkrieg und Umsturz entziffen, ist

eine Sorge, die mit schwerer Verantwortlichkeit lastet auf allen, die führende Stellungen im öffentlichen Leben haben.

Diese Sorge weckt ernsteste Bedenken gegen das zur Abstimmung gestellte Volksbegehren.

dessen Annahme die Bemühungen der Reichs- und Staatsregierung um Verständigung mit den Siegerstaaten des Weltkrieges in ver- hängnisvoller Weise durchkreuzt und die jahrelangen Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes schwer gefährdet.

Da diese Angelegenheit nicht einzig eine parteipolitische, sondern eine allgemein vaterländische ist, so sei dem hochwürdigen Klerus anheimgegeben, in aufrichtiger Weise dahin zu wirken, daß die Diözesanen diesem Volksbegehren fernbleiben. Ge- zeichnet Kardinal Bertram, Fürstbischöf.

Die Abwehraktion.

Weiteste Verbreitung der Ministerreden.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Radio- Bundes hat seine Ortsgruppen aufgefordert, die in der nächsten Zeit von der Deutschen Welle gesendeten, auf alle deutschen Sender übertragenen Reden der Reichs- und Staatsminister über den „Volksentscheid“ durch Großlautsprecher zu ver- breiten. Die Veranstaltungen werden nicht nur in Räumlich- keiten, sondern auch auf öffentlichen Plätzen durchgeführt und finden in Verbindung mit Sozialdemokratie, den Gewerkschafts- und allen anderen Arbeiterorganisationen statt.

Eine gemeine Verleumdung.

Notwendige Abwehr gegen ein Hugenberg-Blatt.

Der Presseschef der Reichsregierung, Dr. Zschintz, richtete an die Zeitung „Der Tag“ folgendes Telegramm:

„Sie schreiben in Ihrer Ausgabe vom 14. Oktober (Nr. 245 A) unter der Überschrift „Guérards Schimpfkanonade“: „Guérard, der früher mit manchen anderen den Kreisen nahestand, die in aller Öffentlichkeit den Gedanken der Loslösung des Rhein- landes von Preußen propagierten usw.“ Dieser Satz enthält eine gemeine Verleumdung. Der Reichsminister v. Gué- rard hat von Anfang an in seiner ganzen politischen Tätigkeit den Gedanken einer Loslösung des Rheinlandes von Preußen auf das entschiedenste zurückgewiesen. Er hat sich stets gegen eine Aenderung der politischen Struktur der besetzten Gebiete gewandt. Folgerichtig war er schon im Jahre 1920 einer der Urheber der sa- genannten Königsminterer Beschlüsse, die alle Parteien des Rhein- landes in dieser Richtung einien. Die Verleumdung gegen Reichsminister v. Guérard muß daher auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Das Schick des Reichsministers v. Guérard ist blank.“

Diebe im Geheimarchiv.

Sofia, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Montag brachen bisher noch unbekante Täter in das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ein und durchwühlten besonders das Geheimarchiv. Welche Dokumente ge- stohlen worden sind, ist noch nicht festgestellt, sondern lediglich, daß die Täter einen größeren Geldebetrag an sich genommen haben.

Severing über das Stahlhelmverbot.

Ein Abend der Vereinigung Republikanische Presse.

Die Vereinigung Republikanische Presse veranstaltete am Montag in den Räumen des Demokratischen Klubs eine Aussprache über das Hugenberg-Hitler-Volksbegehren.

Reichsinnenminister Severing kam dabei auch auf das Stahlhelmverbot zu sprechen und führte aus:

Der politische Kampf hat in diesem Jahre schon Formen angenommen, die nur vergleichbar sind mit dem schlimmsten Jahre 1923. Das liegt zum Teil an der Passivität der unteren Behörden. Diese Sitten zu bekämpfen, ist nicht drakonische Gewalt, sondern nur weitreichende Aufklärung nötig. Da die Reichsregierung nicht alle Orte mit Flugblättern versorgen kann, hat sie zu dem Mittel der sogenannten Auftragsvorträge gegriffen, die ihr im Rundfunk zustehen. Sie wird weiterhin auch Auftragsnachrichten durch Rundfunk verbreiten lassen in der Form, daß den fast täglich erscheinenden Schwindelemdungen des Ausschusses für das Volksbegehren sofort das Dementi der Regierung entgegengesetzt wird.

Das Stahlhelm-Verbot im Rheinland

hätte schon viel früher ausgesprochen werden müssen. Schon 1926 war dieses Verbot möglich, wenn nicht mein Amtsvorgänger die dahingehenden Vorschläge der preußischen Regierung abgelehnt hätte. Wenn trotz des unberechtigten Vormarsches, der der Reichsregierung aus Rechtsstreifen gemacht wird, daß sie gegenüber dem Volksbegehren Einschüchterungspolitik betreibt, das Verbot dennoch erlassen worden ist, so war dafür folgendes maßgebend: Der Bericht der Provinzialbehörden über die militärischen Uebungen des Stahlhelms ging vor etwa einer Woche an den preußischen Innenminister, und da handelte es sich darum, entweder Verbotenes zu verbieten oder Erlaubtes zu erlauben. Hugenbergs Behauptung, das Verbot sei unter Auserlassung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, stellt eine Unwahrheit dar, die bei dem alten preußischen Beamten Hugenberg eigentümlich berührt. Das Verbot erfolgte auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrag. In diesem Ausführungsgeheiß heißt es, daß alle Maßnahmen der Länderregierungen aus dem Befehl

der Zustimmung der Reichsregierung

bedürften. Angeblich habe ich nun damit, daß ich das Verbot als Reformminister bestätigte, die gesetzlichen Bestimmungen außer acht gelassen. Die betreffenden Verfassungsbestimmungen besagen, daß die Richtlinien der Politik der Regierung durch den Reichskanzler bestimmt werden, daß aber die Reformminister im Rahmen ihres Ressorts frei sind. Derselben Anschauung schließen sich auch sämtliche Kommentatoren und selbst das Reichsgericht an, und auch die politische Praxis des Innenministeriums und der Rälz und Keudell hat von 1926 bis 1928, teils aus dem Republikanengesetz, teils aus dem Vereinsgesetz, aber auch aus dem Ausführungsgesetz zum Friedensvertrage ohne ausdrückliche Zustimmung der gesamten Regierung zahlreiche Verbote verfügt. Bei Herrn Keudell handelte es sich allerdings um den Roten Frontkämpferbund!

Damit nicht genug, ich habe überdies noch den Reichskanzler und die zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes von dem geplanten Schritt unterrichtet, ohne auf Widerspruch gestoßen zu sein. Im übrigen können solche Polizeieingriffe nicht auf lange Kollektivberatungen warten, um Indispositionen zu verhüten. Denn der gefährliche Schlag sollte gründliche nachholen, was die Bezirksregierungen etwa veräußert hätten. Die Reichsregierung und die preußische Regierung sind sich vollkommen darüber klar:

der Stahlhelm ist nicht das harmlose Gebilde, als das er sich in seinen Erklärungen an den Reichspräsidenten hingestellt hat.

Seine Marschübungen dienen keineswegs bloß der Ertüchtigung, sondern der Vorbereitung des Angriffs auf den sogenannten inneren Feind.

Der Minister sprach dann noch über einige staatsrechtliche Fragen des Volksbegehrens und sagte u. a.:

„Ich möchte mich noch der Frage zuwenden, wieviel Stimmen notwendig sind, um dem geplanten Volksbegehren zum Erfolg zu verhelfen. Bei 41 Millionen Wahlberechtigten müssen meiner Meinung nach mehr als 20 Millionen Stimmen überhaupt aufgebracht werden, unter der Voraussetzung, daß die anderen sich nicht daran beteiligen. Diese meine Auffassung ist verschiedentlich bestritten worden. Aber der Artikel 75 der Reichsverfassung und fast sämtliche Kommentare lassen keinen Zweifel darüber, daß für das Volksbegehren 4128 000 Eintragungen notwendig sind. Wenn das Gesetz dann den Reichstag beschließt, kann an der Ablehnung selbst für Herrn Hugenberg kein Zweifel bestehen. Artikel 75 sagt dann ausdrücklich, daß ein ablehnender Beschluß des Reichstags nur außer Kraft gesetzt werden kann, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten am Volksentscheid beteiligt. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob dieser Volksentscheid verfassungsändernd ist oder nicht.“

Im übrigen bin ich der Meinung, daß der § 4 des „Freiheitsbegehrens“ verfassungsändernd ist.

Wenn nämlich der Reichspräsident als Stelle, die die auswärtigen Verträge abzuschließen hat, auf dem Wege der Befehlgebung durch andere Stellen erletzt werden soll, die dann allein zum Vertragsabschluss berechtigt sind, so bedeutet das entschieden eine Verfassungsänderung. Die Reichsregierung steht zu ihrer Erklärung, daß sie einen glatten Verlauf des Volksbegehrens garantiert. Es sind bereits Beschwerden eingelaufen, daß das Sammeln auf Sammelstellen erschwert worden sei. Schon durch Erklärungen, die ich früher bei Gelegenheit von Wahlen gemacht habe, habe ich den unteren Behörden eine liberale Handhabung der Kontrolle der Sammlungen befohlen. Dem Volksbegehren werden alle verfassungsrechtlichen Garantien gegeben werden, gerade weil der härteste sachliche Kampf dagegen geführt werden muß. Ich bin nicht im Zweifel, daß die republikanische Presse diesen sachlichen Kampf unterstützen wird.“

Großer Beifall folgte den Ausführungen Severings. Daran schloß sich eine Aussprache, in der auch u. a. der preußische Innenminister Grzesinski das Wort ergriff. Er wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen das Treiben der uniformierten republikanischen Verbände. In seinem Schlusswort stellte der Vorsitzende, Ministerialdirektor z. D. Spicker, fest, daß die Regierung die Führung ergriffen habe und daß die republikanische Presse bereit sei, ihr zu folgen.

Englische Botschaft in Warschau. Auch England ist jetzt dem früheren Beispiel Frankreichs und Italiens gefolgt und hat die Umwandlung seiner Gesandtschaft in Warschau in eine Botschaft amtlich bekanntgegeben. Die übrigen Großmächte werden nun kaum umhin können, das gleiche zu tun.

Der Chef der russischen Handelsvertretung in Paris ist von der Ucheta seines Amtes entbunden worden.

Boche à la mode!

oder: Voraussage Hitlers über den Young-Plan.



Die Hitler-Hugenberg-Agitatoren verbreiten die Behauptung, daß nach dem Young-Plan deutsche Menschen als Sklaven in die Kolonien der Entente exportiert werden müßten. Die Wahrheit ist noch entsetzlicher: Nach dem Young-Plan dürfen die Franzosen alljährlich zweihundert wohlgenährte Germanen gleich Ochsen am Spieß braten und verzehren. Allerdings müssen die Betroffenen ihre Eignung zu dieser Ochsenprozedur erwiesen haben, indem sie die Lügen der Hitler- und Hugenberg-Presse glauben und sich für das Volksbegehren einzeichnen.

Kodderschnauzen an die Front!

Aus den Geheimnissen des „Stahlhelm“.

Am 23. Januar v. J. richtete der Freiherr v. Fürstenberg an seinen Schulkameraden Rahnke folgendes Schreiben:

Im allgemeinen Interesse würde es meiner Ansicht nach von großer Wichtigkeit sein, wenn Severing in seiner Hofburg Bielefeld in dem zu erwartenden Wahlkampf stark und erfolgreich angegriffen würde, was nach meiner Ansicht geht, wenn schon bald unter der Arbeiterschaft vorbereitet wird.

Was heißen würde, daß man umgehend einige geeignete Kodderschnauzen in und um Bielefeld in den Werken unterbringt, die dann schon jetzt wählen.

Die Dö. Bielefeld ist noch schwach, wenn sie sich auch in den letzten Jahren vermehrt und gestärkt hat. Ich glaube, sie ist wohl in der Lage, einige Leute gut unterzubringen. Wie wenig leicht es ist, dem Huch Severing beizukommen, beweist nur, wie wichtig es sein würde.

Mit bestem Gruß und der Bitte, mal über Severing nachdenken zu wollen. Die Anmeldungen betreffend 12. Februar werden mit bestem Dank baldigst erfolgen. Front Heil!

Ueberflüssig zu sagen, daß das Rezept, „geeignete Kodderschnauzen“ mit Hilfe der Unternehmer in den Werken „gut unterzubringen“, und sie dann tüchtig wählen zu lassen, nicht bloß in Bielefeld befolgt wird. Man sollte in allen Betrieben darauf achten, ob nicht auch in ihnen solche gut untergebrachte Kodderschnauzen zu finden sind.

Für den Stahlhelm von Rheinland-Westfalen, der jetzt nach erfolgtem Verbot so harmlos tut, ist übrigens noch ein anderer Vorfall bezeichnend. Am 27. Januar d. J. kehrte eine Stahlhelmabteilung von einer Feldübungsübung nach Bonn zurück. In der Stadt ließ der Führer seine Leute haltmachen und hielt an sie folgende Ansprache:

Kameraden, unser Gedanke gilt heute dem treuen deutschen Manne, unserem Obersten Kriegsherrn, der, verraten von seinem Volk, fern von der Heimat seinen Geburtstag feiern muß. Wir haben dieses Mannes heute gedacht und ihn gefeiert, als wir in soldatischen Uebungen unsere Körper stählten für den Tag, an dem wir mit den Volksverrätern abrechnen werden. Front Heil! Jetzt aber schreien die Stahlhelmeute, die von der Republik

verbürgte Freiheit sei in Gefahr — warum? Weil die Republik nicht totlos zuseht, wie zum Bürgerkrieg geübt wird, der ihr den Garau machen soll!

Bayern und der Young-Plan.

Der Hugenbergblock stellt die bayerische Volkspartei vor die Entscheidung.

München, 14. Oktober.

Die deutschnationale Fraktion hat im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, im Reichsrat den den Young-Plan betreffenden Abmachungen der Haager Konferenz ihre Zustimmung zu versagen. Von der nationalsozialistischen Fraktion ist ein Antrag in gleichlautender Form eingelaufen; außerdem haben die beiden Vorsitzenden der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion ein gemeinsames Schreiben an das Landtagspräsidium mit dem Antrag auf sofortige Einberufung des Bayerischen Landtags gerichtet.

Regierung Holz—Bajille wird interpelliert.

Stuttgart, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Am 22. Oktober wird der Württembergische Landtag zu einer zwei- bis dreiwöchigen Tagung zusammentreten, in deren Verlauf u. a. auch die sozialdemokratische Anfrage über die Stellung der Regierung zum Young-Plan zur Debatte stehen wird. In der Anfrage heißt es:

„Der Regierung gehören zwei Minister der Deutschnationalen, also jener Partei an, die den Young-Plan im Volksbegehren und Volksentscheid bekämpft, der die Reichsminister eines zuchtunwürdigen und landesverräterischen Verbrechens beschuldigt. Wir fragen das Staatsministerium, wie sich die württembergische Regierung bei den bisherigen Besprechungen der Länderregierungen mit der Reichsregierung über den Young-Plan verhalten hat, und ob sie bereit ist, geschlossen die Reichsregierung darin zu unterstützen, auf dem Wege der Abmachungen vom Haag die Rheinandrängung und eine wesentliche Erleichterung der Finanzlage herbeizuführen.“

Arbeiterregierung in Australien.

Ministerpräsident Scullin.

Melbourne, 14. Oktober.

Infolge des Wahlsieges der Arbeiterpartei Australiens wird heute Premierminister Bruce sein Amt niederlegen. Der Führer der Arbeiterpartei, Scullin, soll sein Nachfolger werden.

London—Moskau.

Sowjetregierung stimmt den Vereinbarungen Henderson-Dowgalewski zu.

London, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Ämtlich verlautet, daß die Sowjetregierung mit den zwischen Henderson und dem russischen Vertreter Dowgalewski verabredeten Grundlagen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einverstanden ist. Der Botschafteraustausch wird erfolgen, sobald das britische Unterhaus seine Zustimmung zu den Abmachungen gegeben hat.

Der Sejm einberufen.

Aber zum äußersten Termin.

Die polnische Verfassung schreibt vor, daß der Sejm im Oktober zur Staatsberatung zusammentreten muß. Pilsudski hat das Parlament durch den Staatspräsidenten Moseicki auf den 31. Oktober einberufen lassen. Man scheut den offenen Verfassungsbruch, versteht aber der Volksvertretung wieder einen Fußtritt. Die Bauernpartei „Piast“ hat bereits beschlossen, ein

Mißtrauensvotum gegen die Gesamtregierung einzubringen.

Sozialistischer Aufruf gegen Pilsudski.

Der Parteivorstand der polnischen Sozialdemokratie führt in einer Entschliessung aus, daß sich die innere Lage Polens in den letzten Monaten bedeutend verschärft hat und die Regierungspolitik jetzt ganz im Dienste des Großkapitals und des Großgrundbesitzes steht. Dieser Zustand der Unsicherheit wird durch die sich ständig wiederholenden Umsturzdrohungen der gegenwärtigen Machtverhältnisse verschärft. Daher kann der Widerspruch zwischen der Mehrheit der polnischen Bevölkerung und dem gegenwärtigen Regime zu einer Staatskrise von unabsehbaren Folgen führen. Der Parteivorstand erklärt die Liquidierung des gegenwärtigen Regimes, das sich auf die Diktatur einer Einzelperson stützt, für sein unmittelbares Ziel. Er ist bereit, zu seiner Erreichung mit allen demokratischen Elementen zusammenzuarbeiten. Jeder Staatsstreik wird auf die entschiedene Abwehr der breiten Masse stoßen.

Eisenbahnunglück.

Zugzusammenstoß im Duisburger Hauptbahnhof.

Duisburg, 14. Oktober.

Montag abend, gegen 1/9 Uhr, fuhr der Personenzug 260 in Richtung Düsseldorf bei der Ausfahrt auf dem hiesigen Hauptbahnhof gegen eine Rangierlokomotive. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt, davon 6 oder 7 erheblich. Die beiden Lokomotiven wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Die Reisenden setzten mit einem anderen Zuge die Fahrt fort.

Die Sklarek-Untersuchung.

Die Vernehmung des Stadtbankdirektors Hoffmann.

Im Oberpräsidium haben am gestrigen Montag die Vernehmungen des Stadtbankdirektors Hoffmann in der Disziplinäruntersuchung durch Oberregierungsrat Tapoffli begonnen, die fast den ganzen Tag über andauerten. Stadtbankdirektor Hoffmann werden insgesamt 12 Anklagepunkte zur Last gelegt, die sich auf die Geschäftsabwicklung zwischen Stadtbank und den Gebrüder Sklarek beziehen. Direktor Hoffmann hat dem Untersuchungskommissionar eine umfangreiche Rechtfertigungserklärung abgegeben, in der er u. a. folgendes sagt:

„Den Kredit an die Gebrüder Sklarek hätten die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann nicht allein bewilligen können, sondern sie hätten der Genehmigung des Kreditausschusses der Stadtbank bedurft. Die ersten Geschäfte, die die Stadtbank mit den Sklareks tätigte, hätten in der Bevorschussung von Forderungen gegen die Berliner Anstaltsgesellschaft und die Straßenbahn bestanden. Die Sklareks hätten dann versucht, einen Blankokredit bei der Stadtbank zu erhalten, der aber auf Grund der Sicherungen abgelehnt worden sei. Danach sei ihnen auf gebeter Basis (Grundschulden) ein Kredit von 50 000 Mark eingeräumt worden, und zwar am 4. März 1925. Inzwischen seien die Sklareks in immer stärkerem Maße auf Grund der Beträge mit der Stadt zu deren ständigen Lieferanten geworden. Sie hätten dabei zur Bedingung gemacht, daß die Forderungen dieser Lieferanten an die Stadtbank eine sogenannte „tulle Session“ sein sollte. Der Modus dieser Forderungen sei im Bankwesen sehr häufig. Die Großbanken hätten eigene Formulare dafür. Er besäße darin, daß der Drittschuldner, also die städtischen Anstalten, nicht von der Abweisung der Forderung Nachricht erhielten. Die Stadtbank habe diesem Verlangen der Sklareks entsprochen, weil die städtischen Anstalten für die Stadtbank absolut sichere Zahler darstellten. Die Auskünfte, die die Stadtbank pflichtgemäß eingeholt habe, seien gut gewesen. Die Sklareks seien auch überall mit prominenten Persönlichkeiten gesehen worden, so auch mit dem Stadtkämmerer Lange. Trotzdem habe der geschäftsführende Direktor Schmitt einmal bei dem Bürgermeister Dörslein vom Bezirksamt Tiergarten wegen der Forderungen der Sklareks an diesen Bezirk angefragt. Durch die Indiskretion eines Beamten hätten die Sklareks von dieser Anfrage erfahren. Sie hätten sehr entrüstet getan und gedroht, den Verkehr mit der Bank abzubrechen. Da sie einen der größten Kunden der Stadtbank darstellten, sei nichts weiter unternommen worden, zumal das Bezirksamt Tiergarten erklärt habe, die Forderungen seien in Ordnung.“

Als die Forderungen der Stadtbank gegen die Sklareks die Summe von 7 Millionen erreicht hätten, habe auch Stadtkämmerer Lange davon erfahren. Der Stadtkämmerer habe wegen der Herabsetzung des Kredites nichts unternommen. Die Höhe der Kredite habe bei der Stadtbankleitung auch deshalb keinen Anstoß erregt, weil es sich um Ausgaben für soziale Zwecke gehandelt habe und der Wohlfahrtsrat für 1929 153 Millionen Mark vorsah. Die Prüfung der Bücher bei den Sklareks habe keinen Verdacht einer nicht ordnungsgemäßen Buchführung ergeben. Daß es nur möglich war, daß die Forderungen der Sklareks in den Bestellscheinen, Rechnungen und Büchern nicht herauskamen, lag allein daran, daß die „tulle Session“ beachtet werden mußte. Als selbstverständlich wurde von Seiten der Stadtbankleitung angenommen, daß natürlich nur Lieferungen berücksichtigt würden und nicht etwa Bekleidungen, bei denen die Waren noch nicht geliefert oder bei den Sklareks noch nicht zum Abtrieb eingelagert waren.

Die „Rote Fahne“ macht gestern den perfiden Versuch, auch den Stadtkämmerer Hoffmann in Verbindung mit der Sklarek-Affäre zu bringen, indem sie die weitergehenden Tatsachen mitteilt, daß Hoffmann in seiner Eigenschaft als Stadtkämmerer

zusammen mit anderen Vertretern der Stadt auf dem Pressball war. Wenn sich die „Rote Fahne“ über Repräsentationspflichten und Repräsentationsfragen näher informieren will, so empfehlen wir ihr, bei ihrem kommunistischen Schwester- und Standaßblatt, der „Welt am Abend“ anzutreten. Sie würde dort erfahren, daß deren Chefredakteur Herr Dr. Friedländer sogar an dem Bestempfang und Festessen für den Regentenkönig Juad im Berliner Rathaus mit aller erforderlichen revolutionären Begeisterung teilgenommen hat oder, um im Jargon der „Roten Fahne“ zu reden, sich auf Kosten der Berliner Steuerzahler „vollgefressen und vollgeoffen“ hat. Die photographischen Unterlagen stehen gegebenenfalls zur Verfügung.

Stadtkämmerer Lange äußert sich.

Zu der Erklärung des Direktors Hoffmann teilt das Städtische Nachrichtenamt mit, daß die Bemerkung, daß auch Stadtkämmerer Lange in der Gesellschaft der Sklareks gesehen worden sei, sich auf den Pressball beziehe, bei dem Dr. Lange auf Einladung eines Berliner Stadtverordneten in dessen Loge gesehen hat, in der in einem großen Kreise auch die Gebrüder Sklarek sich befanden. Außerdem ist der Stadtkämmerer einmal in einem Restaurant, das er nach einer offiziellen Feier mit einem befreundeten Herrn aufsuchte, mit den Sklareks zusammengetroffen, ohne daß er wußte, die Sklareks dort vorzufinden. Hiervon abgesehen, hat der Stadtkämmerer keinerlei persönliche Beziehungen, weder gesellschaftlich noch geschäftlich mit den Gebrüder Sklarek unterhalten. In

der Veröffentlichung werde weiter darauf hingewiesen, daß der Stadtkämmerer von dem Sklarek-Kredit Kenntnis erhalten habe, als dieser die Summe von 7 Millionen Mark erreicht habe. Dies war im Februar d. J., als dem Kämmerer ein Revisionsbericht vorgelegt wurde. Der Kämmerer hat sich daraufhin eingehend über diesen Kredit informiert lassen und ermogt, die Bezirksämter anzumelden, ihre rückständigen Rechnungen sofort zu begleichen, um auf diese Weise den Kredit wesentlich herabzudrücken. Er hat dann aber davon Abstand genommen, weil er dies nach reiflicher Überlegung für die finanziellen Interessen der Stadt als vorteilhafter ansah.

Nach dieser Mitteilung ergibt sich, daß die Sorge um eine vermehrte Augenblicksbelastung schließlich zu einem dauernden Verlust der Stadt führte. Der Kämmerer hat dies nicht geahnt und konnte es nach Lage der Dinge und der ihm vorliegenden Unterlagen wohl kaum voraussehen.

Durchstechereien im Untersuchungsgefängnis.

Die Gebrüder Sklarek, die bisher im Untersuchungsgefängnis des Landgerichts II auf einem Korridor untergebracht waren, sind vor einigen Tagen auseinandergelegt worden. Max und Willi haben in einem anderen Flügel, und zwar räumlich weit getrennt, Zellen erhalten, während Leo Sklarek bisher noch in dem ihm zuerst angewiesenen Raum gefangen worden war. Seit gestern ist nun auch der dritte Bruder Sklarek in eine andere Zelle gelegt worden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß alle drei Brüder zum Teil mit, zum Teil ohne Erfolg versucht hatten, Durchstechereien vorzunehmen. Max und Willi hatten sich auf noch nicht aufgeklärte Weise Zigarren beschafft, und erwarnten, daß sie ohne das gewohnte Nikotin nicht leben könnten. Leo Sklarek besaß dagegen eine Vorliebe für Alkohol. Er ließ sich ebenfalls auf rätselhafte Art und Weise Rognon und Wein besorgen, den er in der Zelle verbarg.

Justizskandal in Frankfurt.

Ein nationalsozialistischer Mörder freigesprochen.

Frankfurt a. M., 14. Oktober. (Eigener Bericht.)

Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. sprach am Montag den Mörder des 16jährigen Reichsbannermannes Schmidt, den Nationalsozialisten Schütz, frei. In der Begründung des Urteils heißt es, daß die Aufklärung des Falles durch die Beweisaufnahme nicht gelungen sei. Der Staatsanwalt hatte gegen Schütz wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang 3 Jahre Gefängnis beantragt.

Am Abend des 28. April veranstaltete das Frankfurter Reichsbanner einen großen Umzug durch die Stadt. Das ließ natürlich die Nazis nicht schlafen; auch sie zogen mit ihren Gruppen umher. Abends, lange nach Beendigung der Demonstration, sahen mehrere Reichsbannerleute bei einer Geburtstagsfeier in einer Wirtschaft besinnlich, als plötzlich die Türen aufgerissen und von einem kommunistischen Arbeiter hereingerufen wurde, es seien Nationalsozialisten im Anzuge, die bereits einen Reichsbannermann auf der Straße erstochen hätten. Darauf stürzten die Reichsbannerleute hinaus. Wenige Sekunden später lag der 16jährige Schmidt verblutend in seinem Blut. Während der Sterbende von seinen Freunden in das Krankenhaus getragen wurde, fanden andere Reichsbannerleute ihren bereits vorher von Messerflüchtlern durchbohrten Kameraden noch tot auf der Straße liegen. Mithin das

Ergebnis des nationalsozialistischen Umzuges: zwei erstochene Reichsbannerleute!

Es blieb die Frage: wer von den Nazis waren die oder der Täter? Sozial Zeit sich auch der Untersuchungsrichter gelassen hatte, das Ergebnis seiner Ermittlungen war überaus dürftig. Die Toten sind stumm und im Fall Koch lautete heute noch die Aktion „gegen Unbekannt!“ hätte sich nicht gleich nach dem Vorfall der Nationalsozialist Schütz auf einer Polizeiwache in „Schuhhaft“ begeben, weil man ihn geschlagen habe und ihn verfolge, dann hätte vermutlich er auch nicht einmal auf der Anklagebank des Schwurgerichts gesessen. Mehr als Totschlag vermochte aber auch der Untersuchungsrichter gegen ihn nicht herauszuholen.

Daß der Angeklagte die Tat leugnet und nicht einmal ein Taschenmesser in der Wadentasche bei sich getragen haben will, daß er in seinen Angaben von allen als Zeuge vernommenen Nationalsozialisten in nahezu einstudierten Ausagen tatkräftig unterstützt wurde, das ist selbstverständlich. Daß aber der Gerichtsvorliegende diese Hüllerzeugen wie ein rohes Ei behandelt, im Gegensatz zu den vernommenen Reichsbannerleuten, erregte in weiten Kreisen bedenkliches Kopfschütteln.

Am Freitag meldeten sich freiwillig, von ihrer Arbeitsstätte weg, zwei Zeugen, die die Vorgänge genau beobachtet hatten und nur aus Angst vor den Nationalsozialisten und ihren Drohungen bisher nicht gewagt hatten, vor den Zeugen zu treten. Mit

Johann Komáromi:
3] **Ahe, Kosaken!**
aus dem Ungarischen
von Alexander von Sacher-Masoch

Ich sah verkröcht in einer Ecke der Ofenbank und beobachtete zitternd den Alten. Im flackernden Lampenlicht erschien er mir grauenerregend. Sein zerwühltes Haar hing herab, von seiner Stirne träufelte Blut und da er sich mit dem Hemdsärmel über das Gesicht fuhr, wurde sein ganzes Antlitz blutig. Und als seine tiefstehenden Augen die dämmerigen Winkel der Stube durchsuchten, sah er aus wie ein sprungbereiter Hamster. Ich fürchtete mich.

Jetzt bemerkte er mich und starrte mich mit flackernden Augen an. Wir blieben lange so Aug' in Aug'. Ich an die Wand gedrückt mit ängstlich geweitetem Blick, er im blutüberströmten, gespenstischen Schauen. Vielleicht erbarmte ich ihn, denn er sagte still jaoiel:

„Ra, Freundschaft, daraus kannst du lernen, wie man seine Ehre rettet.“

Ich hörte den Schlag meines Herzens, während der blutige Alte mir gegenüberstand. Zum Glück trat mein Vater ein, mit dem Pferdederung in der einen Hand. In der andern hielt er einen Knäuel staubiger Spinnweben.

„Ach wil's gleich zubereiten, lieber Herr Vater“, sagte er zum Oberkofak.

Er ging in das Vorhaus und holte eine Schüssel voll Wasser. In der Schüssel lag auch ein Brocken Lehm. Er knetete einen Teig daraus. Dann traten sie zur Lampe. Mein Vater fuhr mit einem nassen Lappen über die blutende Stirn des Oberkofaks, presste jäh die Spinnweben darauf, drückte jetzt den Pferdederung darüber und belächelte schließlich das Ganze mit Lehm. Dann band er ihm ein Handtuch um die Stirn.

„Es ist soweit, lieber Herr Vater.“

„Danke, mein Sohn. Aber wir haben wenigstens Ordnung gemacht. Wie?“ — und er hob seinen verbundenen Schädel.

„Wie gewöhnlich“, antwortete mein Vater gleichmütig. Oben trat Großmutter zum Vorschein und brachte vier oder fünf Flaschen Schnaps. Nachdem sie die Flaschen auf

dem Tisch abgeladen hatte, nahm sie mich mit ins Hinterhaus, um mir ein Abendbrot zu geben.

Dort hinten weinte sie dann still vor sich hin, weil sie niemand sah. Und während ich ah, verkroch sie sich in die Ofenecke. Mitunter leuchtete sie:

„Man wird sie noch einmal erschlagen...“

„Mein Vater hat vor keinem Angst“, sagte ich darauf.

Aber die arme Alte blies nur immerfort ihr eigenes Lied: „Du wirst's erleben, mein Kind, man wird sie sicher morden. Gott behüte, daß auch du so einer wirst, wenn du groß bist. Bekümm haben sogar die Gendarmen ihre Namen aufgeschrieben.“

Nach dem Abendbrot entkleidete mich die Großmutter, um mich nach vorn zu bringen. Denn sie schlief in der rückwärtigen kleinen Kammer, ich aber vorn mit Großvater. Der Oberkofak schlief jedoch niemals in einem Bett, sondern breitete seine Bunda vor die Ofenbank und streckte sich darauf aus. Gewöhnlich konnte er erst spät einschlafen. Im Finstern, wenn er die Lampe ausgeblasen hatte, wälzte er sich noch stundenlang hin und her, sprach zu sich selbst, murmelte und es verging eine lange Zeit, während er immer wieder und wieder aufstöhnte:

„Ho, ho, ... die Armut hat es schwer auf der Welt.“

Er mochte irgendeinen geheimen Kummer haben, aber ich verstand das damals noch nicht.

Großmutter entkleidete mich also, nahm mich in ihre Arme, und trug mich in das Vorderhaus ins Bett. Sie deckte mich zu, hüllte mich vorsichtig von allen Seiten ein, gab mir einen Kuß auf die Stirn und schlief hinaus.

Um diese Zeit war das Vorderhaus bereits voll Lärm. Um den Tisch und auf der Ofenbank saßen sieben, acht Leute. Sie aßen Speck und tranken Schnaps dazu. Der Oberkofak, dann mein Vater, dann Georg Bajda mit dem blinkenden Geldgürtel am Bauche, auch der etwas gebeugte Andreas Pikor war schon anwesend, meines Großvaters Kriegskamerad in der Schlocht bei Königgrätz, dessen Schnurrbart wie ein Besen abstand, so, daß man seinen Mund nicht sehen konnte, dann der sehr eingebüdete Antal Turbis, seines Zeichens Fuhrwaser, dem es unsäglich leid tat, daß er die heutige Brügelerei veräumt hatte. Gleich neben meinem Betttrand saß Ghuri Gindor, der Döbörbürgermeister, dessen Kopf immer ein wenig traurig niederbaumelte, und wiederholte immer wieder, daß — mögen die Leute im Dorf reden, was sie wollen — zu einer solchen Tat doch nur gewesene Krieger fähig seien, ...

Nachdem der Speck verzehrt war, tranken sie wieder. Sie holten ihre Pfeifen hervor und bliesen den Rauch vor sich hin. Der Rauch bildete eine dicke Nebelschicht, die unter dem Dedenbalken schwebte, so daß die Kosaken, wenn sie aufstanden, mit ihren Köpfen in den Nebel eindrangen und ihre Köpfe verschwanden.

Ich lag zusammengekauert im Bett und lauschte.

Die Flasche ging von Hand zu Hand und es wurde schon weniger geredet. Der Trunk spannte die Haut über ihren Beckenknochen aus, ihre Augen begannen zu glänzen und da sich ihre Zähne fest um die Pfeifenstiele schloffen, zeigten die Pfeifenköpfe aufwärts und guckten von oben auf ihre Hutteränder herab.

Andreas Pikor, der alte Königgrätzer Kanonier, (der jedoch bei jedem haarsträubenden Rückzug in Wahrheit nur als Brückentischler mitgegangen hatte), stützte die Ellenbogen auf den Tisch und nickte meinem Großvater zu:

„Wie verließ diese heutige Sache, Michael?“

Der Oberkofak lehnte sich prozig zurück:

„Wie das vor sich ging? Nun, wie gewöhnlich. Wir kommen da von der Hochzeit heim in großer Laune. Vor Lazony kommen sie uns mit zwanzig Wagen entgegengefahren. Acht Wagen Ungarn, zwölf Wagen Slowaken. Sicher wollten sie zum Markt nach Nagymihály, der morgen stattfindet. Sie, auf zwanzig Wagen, mindestens hundert. Wir, auf einem Wagen, zu Dritt. Als wir in gleicher Höhe waren, blieben wir stehen. Auch sie hielten an. Ich rufe dem ersten Wagen zu: Ausweichen, he, hier kommen die Kosaken! Sie rufen vom ersten Wagen zurück: Wir ich ... auf die Kosaken! Auch sie mochten vorher getrunken haben, denn sie waren in ähnlicher Laune wie wir. Ich rufe noch einmal hinüber: Ausweichen, he! Sie lachten. Ich sage darauf meinen zwei Jungen: Den Wagen querstellen ... Georg stellt den Wagen quer, wir springen ab, ich nehme die Deichsel, sie nehmen die Rungen! Auch die Slowaken und die Ungarn springen ab, auch sie greifen nach den Deichseln und den Rungen! Ich rufe nun den Jungen zu, wie gewöhnlich: Drauf, Kosaken! Und dann gingen wir los ...“

Hier machte er eine kleine Pause, obwohl alle Anwesenden nargebeugt lauschten. Erst drückte er mit dem Daumen die Blut seiner Pfeife zurecht und als sie wieder Zug hatte, sagte er jaoiel: Wie blieben sie auf der Landstraße und im Graben, wir aber fuhrten singend heim. Ich bedaure sie ja, aber weshalb haben sie mit uns angebanden? Habe ich recht, Gevatter Andreas? (Fortsetzung folgt.)

aller Bestimmtheit mit genauen Angaben der Verlichkeit und der Personen bezeichnet diese beiden Zeugen den Angeklagten Schütz als den Mörder, der nicht allein Schmidt, sondern mit größter Wahrscheinlichkeit auch den auf seinem Heimweg begriffenen völlig wehrlosen Reichsbannermann Koch erstochen habe. Wie nämlich die Täter vorgegangen sind, ergibt sich aus den Befundungen.

daß die Frau des angeklagten Mörders den am Boden liegenden und sterbenden Schmidt noch mit dem Fuß treten wollte und nur von einem Zeugen durch einen Schlag ins Gesicht daran gehindert werden konnte.

Die Aussagen der beiden freiwillig vorgetretenen Zeugen konnten trotz aller Anstrengungen eines aus München herbeigeleiteten Verteidigers nicht erschüttert werden. Aber es kennzeichnet die ganze Gerichtsverhandlung, daß der Vorsitzende diese beiden durchaus einwandfreien Befundungszeugen nicht verurteilt! Grund: „Unendlich sind jene Personen zu vernachlässigen, die der Teilnahme an der zur Untersuchung stehenden Tat verdächtig erscheinen. Eine Beteiligung an einer Schlägerei (so behandelt das Gericht die Tötung von Schmidt) liegt schon dann vor, wenn sich jemand nur physisch oder psychisch daran beteiligt. Auch Zurechtfindung als Beteiligung anzusprechen. Eine Beteiligung ist es jedoch nicht, wenn jemand selbst geschlagen wird und sich wehrt!“ Das war die Richtschnur der Verurteilung oder Nichtverurteilung eines Zeugen, und danach blieben auch die einwandfreiesten und klügsten Zeugen, allerdings Befundungszeugen, unverurteilt. Das Urteil ist schließlich entsprechend ausgefallen.

Aus dem Fall Schütz ist ein Justizskandal geworden, der unter der republikanischen Bevölkerung Frankfurts und seiner Umgebung größte Empörung hervorgerufen hat.

Ueberfall im Grunewald. Ein Wilmsdorfer Professor niedergeschossen.

Auf einem Spaziergange im Grunewald wurde der Landesgeologe Professor Otto von Linstow, der in der Kaiserallee 114 in Wilmsdorf wohnt, von einem unbekanntem Mann durch einen Revolvererschuss in den Leib schwer verletzt. Professor von Linstow ging den Kronprinzessinnenweg entlang. In der Nähe des alten Forsthauses Wannsee hörte er gegen 7 Uhr einen Mann hinter sich herkommen. Als er sich umdrehte, stand er dem Manne drei Meter gegenüber, und dieser gab sofort einen Schuß auf ihn ab. Betroffen brach der Professor zusammen, der Schütze flüchtete. Passanten, die auf die Hülfsleistung des Professors herbeieilten, sorgten für seine Ueberführung in seine Wohnung. Allem Anschein nach wollte der Schütze, der selber unerkannt entkommen ist, den Professor berauben. Hoffentlich gelingt es der Polizei, den Täter bald zu ermitteln, denn ein derartiger Ueberfall muß in der Bevölkerung größte Unruhe hervorrufen.

Furchtbarer Tod eines Lehrlings. Vom Fahrstuhl zerquetscht.

Bestern ereignete sich im Betriebe der Firma Perich u. Co. in der Lindenstr. 36 in Köpenick ein tödlicher Unfall. Der 19jährige Schlosserlehrling Hans Gräßler aus der Ringstr. 52 in Lichterfelde war dort mit Reparaturarbeiten an einem Costenaufzug beschäftigt. Beim Ausprobieren des reparierten Fahrstuhls geriet der junge Mann so unglücklich zwischen den Fahrstuhl und die Schachtwand, daß er auf der Stelle getötet wurde. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und nach der Halle in Köpenick gebracht.

Western abend spielte sich im Hause Stargarder Straße 2 ein entsetzlicher Vorfall ab. Aus dem Fenster seiner im 5. Stockwerk des Seitenflügels gelegenen Wohnung stürzte sich der 52jährige Adolf Gabelmann in den Hof hinab. Er war sofort tot. Das Motiv zu dem Verzeihungsschritt ist nicht bekannt.

Umgang mit Mutter Grün.

Zum Jahre „Ario“, das heißt, fünfjähriger Kampf gegen die Auswüchse des Großstadterverkehrs und Hineinwachsen in den Heimatgedanken. Diese Arbeit hat die „Ario“, die Arbeitsgemeinschaft für Fortschritt und Naturkunde, redlich geleistet. Ihr Vorsitzender Erich Griebel konnte in seiner Festrede anlässlich der Feier des fünfjährigen Bestehens des Vereins darauf hinweisen, wie sich die „Ario“ aus Keimem entwickelte: aus dem Zusammenschluß einiger naturbegeisterter Menschen, die sich die Verschönerung und Behandlung der Natur in der Umgebung Berlins nicht länger gefallen lassen wollten. In bisher 151 Führungen von ersten Hochzeiten, über die an dieser Stelle mehrfach berichtet worden ist, wurden die Mitglieder und Gäste mit den Eigentümlichkeiten der Landschaft, der Pflanzen und der Tiere in der Mark bekannt gemacht. Eine stattliche Mitgliederzahl steht heute hinter dem Vorstand, wenn es gilt, besondere Gefahren der Verschönerung des Landschaftsbildes abzuwenden; es sind u. a. auch 30 Verbände und Vereine der „Ario“ kooperativ angeschlossen. Wie dann Prof. Walter Schoenichen,

Der „Vorwärts“ ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter! Abbonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“ in Groß-Berlin täglich frei ins Haus
(Monatlich 3,60 Mt., wöchentlich 85 Pf.)

Name: _____
Wohnung: _____ Straße Nr. _____
vorn _____ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

Ausfüllen und einsenden an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gefährden Zahnfüllungen die Gesundheit?

Eine interessante Untersuchung des Hauptgesundheitsamtes.

Die Auswahl des Materials für die Vornahme von Zahnfüllungen ist von großer Wichtigkeit für die Gesundheit des Patienten. Von einem anerkannten Fachmann erhalten wir über die neuesten Forschungen auf diesem Gebiet die folgende Darstellung.

Von der ungeheuren Masse aller Zahnfüllungen, die täglich gelegt werden, besteht mehr als die Hälfte aus Amalgam. (Silberamalgam besteht aus Silber und Zinn; Goldamalgam: Silber, Zinn und geringer Zusatz Gold; Kupferamalgam: Zinn und Kupfer. Durch Zusatz von Quecksilber werden diese Metallteilungen plastisch gemacht und finden als Zahnfüllungsmaterial Verwendung.) Dies ist kein Zufall. Das Amalgam hat sich durch seine guten Eigenschaften innerhalb der Füllungsmaterialien diese Stellung erworben. In seiner Bewertung wird es nur vom Golde übertroffen. Bis zum Anfang des Jahres 1926 hat man die Amalgamfüllungen sehr geschätzt. Da erschien ein Alarmruf des bekannten Chemikers Professor Dr. Stod, der auf die Schädigungen, welche durch Amalgamfüllungen herbeigeführt werden könnten, die Desinfizierbarkeit ausmerkt machte.

Welche Kreise der Bevölkerung fühlten sich beunruhigt und führten Beschwerden — wie Kopfschmerzen, Magen-, Darmleiden, Gelenksbeschwerden, allgemeine nervöse Störungen usw. — auf Amalgamfüllungen in ihren Zähnen zurück. Häufig kamen Patienten in die Praxis mit der Absicht, sich das Amalgam wieder aus den Zähnen herausbohren und andere Füllungen hineinsetzen zu lassen. Die große Masse der Zahnärzte stand diesen Erscheinungen ablehnend gegenüber, weil sie im Laufe vieler Jahre niemals Schädigungen bei ihren Patienten beobachtet hatte. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin machte sich sehr verdient, weil es die Amalgamfrage dahin verlegte, wo sie hingehörte, nämlich in die dem chemischen Institut des Hauptgesundheitsamtes angegliederte Quecksilberuntersuchungsstelle. Dabei stellte sich sehr bald heraus, daß die schädigende Wirkung von der Verarbeitung des Amalgams allein vom Quecksilber ausgeht. Die Aufgabe, die dem Leiter des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin, Herrn Dr. Borinski, gestellt wurde, lautet dahin, ob aus Amalgamfüllungen Quecksilber in den Körper gelangt und ob hierbei ein Unterschied zwischen Kupfer- und Edelamalgam besteht.

Zu diesem Zwecke ließ Herr Dr. Borinski folgenden inter-

essanten Versuch an Schülern vornehmen, die noch nie in Zahnbehandlung gewesen waren. Es wurden 52 Schulkinder ausgewählt, die noch keine Zahnfüllungen besaßen, aber auf Grund ihres schlechten Zahnzustandes sehr in einer Schulzahnklinik Füllungen erhalten sollten. Bevor diese Kinder zur Behandlung gelangten, wurden Stuhl- und Harnuntersuchungen ausgeführt, um die Anwesenheit von Quecksilber festzustellen. Ebenso sollte die Untersuchung ergeben, ob sie auf irgendeinem uns bekannten Wege, etwa durch Behandlung mit quecksilberhaltigen Medikamenten oder aus Nahrungsmitteln, Quecksilber aufgenommen hatten.

Es ergab sich hierbei, daß von 52 untersuchten Kindern 20 Quecksilber in mehr oder minder großen Mengen auswies. Diese Befunde sind nicht überraschend. Sie bestätigen nur die auch von anderen Wissenschaftlern gemachten Beobachtungen, daß verhältnismäßig häufig auch bei solchen Personen Quecksilber gefunden wird, bei denen weder ihrem Beruf noch aus sonstigen bekannten Quellen Quecksilber zu erwarten ist. Dieses ganze Untersuchungsergebnis zeigt schon, wie vorsichtig man bei der Beurteilung der Amalgamfrage sein muß. Wenn auch die gesamten Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, so dürfte doch folgendes als feststehend anzusehen sein: 1. Die Benutzung des Amalgams als Zahnfüllungsmaterial findet in einem ungeheuren Ausmaße statt. 2. Die Zahl der Patienten, die sich durch Amalgam geschädigt fühlen, ist unendlich gering. 3. Soweit eine Schädigung überhaupt in Frage kommt, ist sie nur von der Verwendung des Quecksilbers her zu leiten. 4. Das Quantum Quecksilber, welches zur Herstellung einer Füllung gebraucht wird, ist so gering, daß eine Intoxikation (Ueberempfindlichkeit) beim Patienten vorhanden sein muß, wenn Schädigungen eintreten sollen.

Da viele Forscher der Ansicht sind, daß Kupferamalgam Quecksilber leichter freigibt als Edelamalgam, so ist auf die Verwendung des Kupferamalgams möglichst zu verzichten. Hierbei spricht außerdem mit, daß Kupferamalgamfüllungen die Zähne in sehr häßlicher Weise verfärben. Dem Publikum ist mit Berücksichtigung des hohen Wertes der Amalgamfüllung als Zahnfüllungsmaterial der Gebrauch desselben dringend zu empfehlen. Trotz dieser Feststellung hat sich Professor Dr. Stod ein großes Verdienst durch seinen Alarmruf erworben. Der Zahnarzt und seine Mitarbeiter wissen jetzt, daß sie bei der Verarbeitung des Quecksilbers besondere Vorsicht zu üben haben. Dr. Alexander Drucker.

Schwerer Eisenbahnunfall bei Mailand. 6 Tote und etwa 100 Verletzte.

Mailand, 14. Oktober.

Auf der von einer Privatgesellschaft betriebenen Strecke Martara-Lomello in der Provinz Pavia stießen heute vormittag bei der Station Gamboldo zwei Züge in voller Fahrt zusammen. Sämtliche Wagen wurden zertrümmert. Der nach Vigevano fahrende Zug war von Passagieren, die zur dortigen Messe fahren wollten, überfüllt. Infolgedessen ist die Zahl der Verletzten außerordentlich hoch. Es wurden 6 Tote, etwa 50 Schwer- und 50 Leichtverletzte geborgen.

Probeflug des englischen „R. 101“

Der Start des neuen Luftschiffes „R. 101“ zu seinem ersten Probeflug ging bei geradezu idealen Flugbedingungen einwandfrei vonstatten. Das Luftschiff wurde bei seinem Erscheinen über der englischen Hauptstadt von der Bevölkerung lebhaft begrüßt; es kreuzte etwa eine halbe Stunde über London. Das Interesse der Londoner Bevölkerung an dem neuen Luftschiff war so groß, daß der restliche Londoner Großstadverkehr völlig zum Stillstand kam. Nach ungefähr fünfstündigem Flug traf das Luftschiff wieder in Cardington ein, wo es nach längerem Manövern am Unterast festgemacht wurde. Der Kommandant des Luftschiffes erklärte, daß es niemals unter voller Ausnutzung der Motorenstärke gefahren sei, aber trotzdem eine Stunden-geschwindigkeit von 80 Kilometern erreicht habe.

Englische Kurse für Anfänger: Die Freunde der internationalen Kleinarbeit müssen noch eine weitere Anfängerkategorie einrichten, so daß jetzt wieder Annahmen erfolgen. „Die direkte Methode“ ermöglicht es, den Teilnehmern schon nach 25 Abenden zu je 2 Stunden von 20 bis 22 Uhr, vor der Klasse stehend, frei zu sprechen. Im Sommer kann alsdann bereits ein Besuchs-austausch stattfinden und eine Freundschaftskorrespondenz gepflogen werden. In fortgeschrittenen Nachmittagskursen und Abendkursen sind noch einige Plätze frei. Französische und Esperantoklassen nehmen ebenfalls noch Freunde auf. Da in allen Kursen nur Befinnungsfreunde Aufnahme finden, wird gerade von ihnen regste Beteiligung erwartet. „Der Pionier“ resp. „The Pioneer“ steht allen Interessenten zur Verfügung. Anmeldungen mögen umgehend gelangen an die Geschäftsstelle, Genosse W. Floerke, Berlin SW 19, Kurstraße 32, vorn 3 Treppen, am Spittelmarkt. Telefon: Merkur 2196.

der Direktor der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege, in seinem Lichtbildvortrag erläuterte, hat sich freilich an den Ungezogenheiten und schlechten Gewohnheiten der Waldbesucher nicht viel geändert; immer noch bedecken Papierabfälle und Konfektbüchsen den Waldboden, besonders an den Badestellen der Seemüser. Aber der Gedanke der Erziehung trägt doch schon Frucht; die Jugend wird in diesem Sinne heranwachsend. Die „Ario“ setzte sich u. a. mit Erfolg für die Erhaltung der Pittberge, dieser eigenartigen Erdformation bei Wilhelmshagen, ein; ebenso hat sie energisch für freien Zugang zu den tiefen unteren märkischen Seen gekämpft. Die Freude an der Tätigkeit der „Ario“ kam an dem Festabend durch Ansprachen und Vieder zum Ausdruck.

Zeppelin-Balkanflug voranschichtlich Dienstag.

Friedrichshafen, 14. Oktober.

Wie der Luftschiffbau Zeppelin mitteilt, wird „Graf Zeppelin“ am Dienstagabend acht Uhr seine Schiffe- und Balkanfahrt antreten. Das Luftschiff wird folgende Städte berühren: München, Trofberg, Wien, Brest, Budapest, Szegedin, Belgrad, Rijka, Plozna, Alexandria, Sues, Kairo, Hermantstadt, Teheran, Szegedin, auf der Rückreise Budapest, Brunn, Kattibor, Breslau. In Breslau will „Graf Zeppelin“ eine Landung vornehmen und die Fahrgäste aussetzen.

Funkwinkel.

Im Auftrage der Reichsregierung spricht Reichsminister von Guérard am Sonntagabend vom Kölner Sender aus über „Rheinland und Volksbegehren“. Der Vortrag wird auf alle deutschen Sender übertragen. Es ist eine harte Abrechnung mit den Leuten am Hagenberg, eine Entblößung der Betrugsmanöver dieser Kreise und ein Hinweis auf die wirtschaftliche und politische Katastrophe, die dem Deutschen Reich von dieser Seite her droht. Interessant im Sonntagsprogramm die Studioaufführung „Der Stein“, eine Kantate für Rundfunk. Kantate ist ein zu feierlicher Titel. Besser würde Moritat passen. Allerdings werden die Rezipienten, aus denen sonst ein Moritat besteht, hier durch lebhaftes Gesänge ergänzt. Das Ganze ist ein musikalischer Witz, ein Steich, der völlig im Aufschwung verankert bleibt. Herbert Trantow, der Verfasser und Komponist, ist ein Mann mit Einfällen, und diese neue Gattung kann bei weiteren Ausbau zu einer amüsanten Erweiterung des Programms werden. Dann ein gutes Konzert am frühen Nachmittag. Rita Weise singt Lieder von Dvorak und Grieg. Ihr reiner glotterlicher Sopran tastet noch etwas unsicher in der Höhe, er flattert manchmal in die hohen Lagen, aber das Stimmmaterial ist ausgezeichnet. Der Pianist Dr. James Simon spielt u. a. die Rigoleto-Paraphrase von Liszt mit einer fühl geklebenden virtuosen Technik. Die aktuelle Abteilung bringt Georg Kallers „Kulportage“ in der Originalbesetzung der Reinhardt-Komödie mit einigen Kürzungen. Da Kaller hier den Hauptpart auf den Dialog legt, so hat dieses Mal die Sendung einer Bühnenaufführung starke Wirkung.

Der Montag bringt Musik in Fülle. Auf Schallplatten hört man Bruchstücke aus „Cavalleria Rusticana“ und „Madame Butterfly“, nicht immer gut in den stilistischen Leistungen ausgewählt. Für den Abchied von der Mutter und für Lolos Lied sind sicher in der Plattensammlung bessere Interpretationen vorhanden. Von außerordentlich feinem stimmlichen Reiz das große Duett zwischen „Butterfly“ und Pinkerton, von der Redberg und Tauber gesungen. Am Nachmittag singt der Madrigalchor deutsche Volkslieder aus dem 15. und 16. Jahrhundert. Es handelt sich dabei um eine vollendete Wiedergabe. Nur schade, daß der einführende Vortrag mit einem auf die Reigen fallenden himmelstürmenden Pathos abgeschlossen wird. Seate Ross-Kreuzer singt zu Beginn des Abendprogramms Lieder von Wolf, Schönberg und Hindemith. Ihr Sopran ist dunkelgeleitet und schmiegsam. Vielleicht fehlt aber, dieser durchaus sympathischen Stimme für die Lieder der beiden Modernen, die ganz auf stimmliche Ausdrucksfähigkeit eingestellt sind, die Begabung, leibliche Erregung stimmlich vollendet zu gestalten. — Es folgt die Uebertragung eines Orchesterkonzertes aus Prag, das höchlichste Kompositionen bringt, und mit Smetanas etwas melancholisch untermaltem „Prager Karnaval“ beginnt. Die Sängerin Martha Fleischerowa singt mit sehr getragener Stimme einen Wiedergang „An Gotteshand“ von Byczpalek, Kompositionen, die sehr religiös empfunden sind. F. S.

„denn wo das Strenge mit dem Zarten . . .“

Deshalb:
 $\frac{1}{3}$ Bohnenkaffee
mit $\frac{2}{3}$ Kathreiner
mischen —

das schmeckt entzückend
und hilft so schön sparen,
denn das ganze Pfundpalet
Kathreiner kostet

nur 55 Pfg!

Das wahre Gesicht der Reaktion. Hugenberg-Volksbegehren will neue Inflation.

In der Kreismitgliederversammlung des Kreises Kreuzberg sprach kürzlich Genosse Wilhelm Dittmann vom Parteivorstand. Er gab einen Rückblick über die im letzten Jahre stärker als je hervortretenden Bestrebungen der Rechts- und Linksradikalen, die bestehende republikanische Staatsform zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Nach der Mainiederlage der Kommunisten, die sie sich infolge ihrer Provokation selbst zuzuschreiben haben, tritt die Aktivität der Nationalsozialisten und Bäckischen mehr in den Vordergrund. Seit November vorigen Jahres ist eine zügellose Hüh-propaganda mit den Bombenattentaten gegen republikanische Regierungsgebäude zu verzeichnen. Der Zweck beider Parallelercheinungen ist die Förderung politischer Zerschlagungserscheinungen, die Schaffung einer Putschatmosphäre. Die Nationalisten bestreiten zwar den Zusammenhang zwischen ihren Organisationen und den Attentaten und behaupten, die Polizei habe nicht die wahren Täter festgelegt. Aber das Aufhören der Bombenattentate beweist die Wichtigkeit der Polizeimaßnahmen. Derselben Stimmungsmache wie die Attentate dient das sogenannte Hugenberg-Volksbegehren, das erst Hugenberg mit seinem Geldsack aus einem Pleiteunternehmen des Stahlhelms zu einer Angelegenheit aller „nationalen“ Kreise, die sich um den Geldsack scharen, gemacht hat. Was das Volksbegehren wirklich will, ist die Wiederherbeiführung jener unseligen Inflationszeiten durch Brückierung unserer früheren Kriegsgegner, die Fortsetzung der unseligen Politik des „passiven Widerstandes“. Daß es nicht zum Erfolg führen wird, wissen selbst so beschränkte Köpfe wie Hugenberg und Glöck. Aber durch die Erweckung der dümmsten rationalistischen Illusionen in den Köpfen der Opfer der von den Parteigängern der Hugenberg, Glöck usw. hervorgerufenen Inflation wollen sie ihre illegalen Putschpläne fördern. Der Young-Plan, gegen den sich das Volksbegehren richtet, ist gewiß noch eine starke Belastung für Deutschland, aber nur ein politischer Rarr wird behauptet, daß er keine Erleichterungen bringe. Und an den gesamten Kriegslasten des deutschen Volkes sind ja die Kreise um Hugenberg, die alldeutschen Kriegshörer, die einzig Schuldigen. Mit ihren wüsten Annexionsplänen gaben sie der Entente nur das Vorbild für ihre Handlungsweise. Mit der politischen Reaktion hand in Hand geht der Ansturm der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung. Die Sozialdemokratie stand in diesem Kampf allein; die Kommunisten übten nur groteske Demagogie.

Neue schwere Kämpfe stehen bevor, zu denen sich die Partei in der Werbeweche rüstet. Einer der wichtigsten ist die bevorstehende Kommunalwahl, bei der sämtliche Gegner uns wegen des Skandalstandes mit Schmutz zu bewerfen suchen. Keiner unserer Gegner, selbst nicht die Kommunisten, die den Fall wie immer nur gegen die Sozialdemokratie auszuspielen versuchen, sind frei von Korruption. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich alle Parteimitglieder, die sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, rückwärtslos befeitigen, um die Front der Partei rein und geschlossen zu erhalten.

10 Jahre Verwaltungsakademie Berlin Festakt in der Universität.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Verwaltungsakademie Berlin fand am gestrigen Montag nachmittag in der Neuen Aula der Universität eine Feier statt, an der zahlreiche hervorragende Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, sowie der Beamtenorganisationen teilnahmen.

Der Zweck der Verwaltungsakademien ist es, die Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden mit den Neuerungen der Gesetzgebung, der Umgestaltung der Wirtschaft und der sozialen Verhältnisse vertraut zu machen. An den Veranstaltungen der jetzt 10 Jahre bestehenden Verwaltungsakademie Berlin haben in dieser Zeit 21 500 Beamte und Angestellte aus Berlin und Umgebung, sowie 21 600 Beamte aus anderen Gebieten des Reiches teilgenommen. Für das jetzt beginnende Wintersemester sind Vorlesungen und Übungen auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung vorgesehen, von denen besonders die Vortragsreihe über Verwaltungsreform, über die

Sozialdemokratische Kandidaten

für die Wahl am 17. November 1929.

Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Groß-Berlin wurden die Vorschlagslisten zur Stadtverordnetenwahl am 17. November genehmigt. Wir veröffentlichen nachstehend die ersten acht Kandidaten der Stadtiliste und aus den Listen der 15 Wahlkreise je die ersten vier zu wählenden Stadtverordneten.

Stadtiliste.

1. Hoff, Johannes, Verbandsvorsitzender (Reinickendorf)
2. Dr. Weinberg, Siegfried, Rechtsanwalt (Mitte)
3. Arille, Richard, Geschäftsführer (Neukölln)
4. Reinhold, Walter, Geschäftsführer der Kleingärtner (Treptow)
5. Kohde, Robert, Sekretär der Arbeitsinvaliden (Cöpenick)
6. Lobenhagen, Rinna, Angestellte (Treptow)
7. Siegle, Karl, Gewerkschaftsangehöriger (Lichtenberg)
8. Buchholz, Emil, Krankenkassenangehöriger (Schöneberg)

Wahlkreis 1 (Mitte)

1. Riefe, Willi, Angestellter.
2. Coewig, Siegfried, Rechtsanwalt
3. Horch, Paul, Zigarrenhändler.
4. Thomas, Max, Betriebsleiter.

Wahlkreis 2 (Tiergarten)

1. Bublitz, Carl, Geschäftsführer.
2. Glajus, Hermann, Geschäftsführer.
3. Dr. Frankenthal, Käthe, Verzin.
4. Häbde, Gustav, Rektor.

Wahlkreis 3 (Wedding)

1. Heimann, Hugo, M. d. A.
2. Brolat, Fritz, Direktor.
3. Welde, Wilhelmine, Fürsorgerin.
4. Ulrich, Max, Gewerkschaftsangehöriger.

Wahlkreis 4 (Brenzlauer Berg)

1. Döhner, Adolf, Arbeitsamtsangehöriger.
2. Kreuziger, Max, Schulführer.
3. Kermes, Georg, Mechaniker.
4. Knopf, Kurt, Angestellter.

Wahlkreis 5 (Friedrichshain)

1. Büchner, Otto, Krankenkassenangehöriger.
2. Müller, Gustav, Metallarbeiter.
3. Günther, Willi, Angestellter.
4. Gulekoff, Christian, Tischler.

Wahlkreis 6 (Kreuzberg)

1. Effe, Karl, Kassenangehöriger.
2. Robinson, Paul, Werkmeister.
3. Barth, Richard, Verbandsvorsitzender.
4. Eichberg, Reinhold, Gewerkschaftsangehöriger.

Wahlkreis 7 (Charlottenburg)

1. Witt, Alfred, Stadtrat.
2. Dr. Kawerau, Siegfried, Studienrat.
3. Gebert, August, Gewerkschaftsangehöriger.
4. Lange, Eise, Ehefrau.

Wahlkreis 8 (Spandau)

1. Czjnsky, Erich, Redakteur.
2. Krany, Fritz, Mechaniker.
3. Schulze, Max, Rektor.
4. Gruse, August, Schlosser.

Wahlkreis 9 (Wilmerdorf)

1. Wogwood, Hans, Rektor.
2. Oppel, Georg, Stadtrat.
3. Dr. Korsch, Alfred, Arzt und Volkswirtschaftler.
4. Stof, Jenny, Hausfrau.

Wahlkreis 10 (Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof)

1. Klose, Otto, Angestellter.
2. Draemert, Richard, Kaufmann.
3. Burgemeister, Otto, Verbandssekretär.
4. Frach, Gottlieb, Zimmerpolier.

Wahlkreis 11 (Schöneberg)

1. Jlatau, Erich, Verbandsgeschäftsführer.
2. Raspar, Fritz, Tischler.
3. Hepprich, Paul, städtischer Arbeiter.
4. Poelle, Max, Techniker.

Wahlkreis 12 (Neukölln)

1. Harnisch, Herrn., Gewerkschaftsangehöriger
2. Bornmann, Anna, Ehefrau.
3. Ushenbrenner, Max, Schlosser.
4. Görtner, Kurt, Tischler.

Wahlkreis 13 (Treptow, Köpenick)

1. Strieder, Wilhelm, Kassenangehöriger.
2. Woid, Fritz, Geschäftsführer.
3. Lempert, Hermann, Architekt.
4. Klatt, Friedrich, Gewerkschaftssekretär.

Wahlkreis 14 (Lichtenberg)

1. Tempel, Gustav, Gastwirt.
2. Krab, Ernst, Kaufmann.
3. Rüning, Franz, Gewerkschaftsangehöriger.
4. Rogak, Georg, Gewerkschaftsangehöriger.

Wahlkreis 15 (Weißensee, Pantow, Reinickendorf)

1. Schäfer, Heinrich, Kaufm. Angestellter.
2. Amberg, Hermann, Verkehrsinspektor
3. Faust, Otto, Lehrer.
4. Keller, Friedrich, Lehrer.

Berliner Kommunalpolitik und über die Aufgaben der gegenwärtigen Schulverwaltung von besonderem Interesse sind.

Die Feier wurde durch musikalische Darbietungen des Bläserchors des Kammerorchesters, Bläß eingeleitet. Reichsminister a. D. Dr. Schiffer begrüßte sodann die erschienenen Ehrengäste. Reichswehrminister Groener überbrachte hierauf die Glückwünsche der Reichsregierung, wobei er die Anerkennung für die von der Verwaltungsakademie geleistete Beamtenbildungsarbeit aussprach. Namens der preussischen Staatsregierung sprach Kultusminister Dr. Becker gleichfalls Dank und Anerkennung aus.

Die Vorlage über die „Strefemannstraße“.

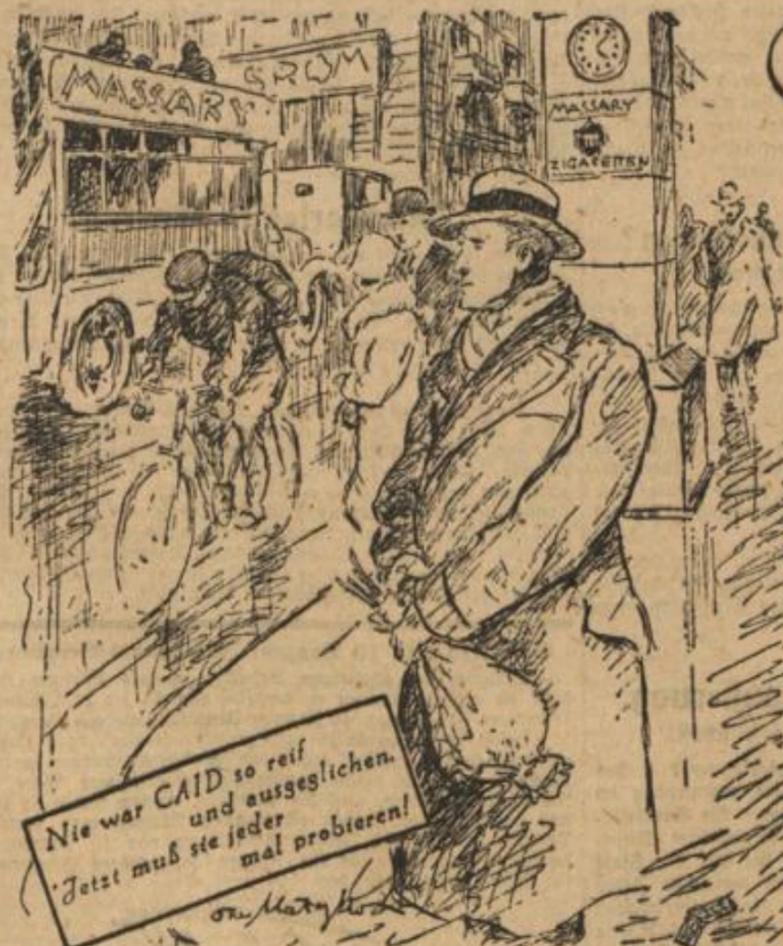
Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der er die Umbenennung der Königgräzer Straße in „Strefemannstraße“ wie folgt begründet: „Für die Auswahl dieser Straße bestimmte uns der Umstand, daß sie einerseits in der Verlängerung der Friedrich-Ebert-Straße mit anliegender leichter Bahnhofsstraße Strefemanns und andererseits im Zuge der nach seinem Grabe auf dem Luisenstädtischen Friedhof führenden Straßen liegt.“

Die vereinigten Militär-Musikkorps des Wehrkreises III veranstalteten am Sonntag vormittag im Zirkus Busch ein Wohlthätigkeitskonzert. 200 Musiker marschierten in der Arena auf und gaben dann unter Leitung von Professor Hackeberger ihr Bestes. Die Peer Gynt-Suite von Grieg, wunderbar be-

jezt gespielt, leitete das Programm ein. Glücks Ouvertüre zur Oper „Iphigenia in Aulis“ bildete den zweiten Teil. Auch hier waren die Militärmusiker durchaus auf der Höhe künstlerischen Könnens. Später folgten Variationen über das Lied „Die Forelle“ von Schubert. Ein Walzer von Joh. Strauß „Du und Du“ beschloß das klassische Teil. Dann folgten alte Militärmärsche, die in den „Großen Zapfenstreich“ ausliefen.

Zu der Spaltungsoffition der Kommunisten nahmen die SPD-Freidenker heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, in einer Mitgliederversammlung aller SPD-Freidenker in der Löwenbrauerei, Hochstraße 106, Badstraße, Stellung. Einziger Tagesordnungspunkt: Stellungnahme. Referent Josef Schneider. Vollständiges Erscheinen bringend geboten.

Das Volksbildungsamt Wilmerdorf veranstaltet im Stadthaus, Kallenallee 1-12, an den Donnerstagen, 17. u. 24. Oktober, 7. 14. u. 28. November, 5. u. 12. Dezember, immer 8 Uhr abends, neben Kunstausstellungen (Druckereifabrik, Kammermusik, Niederabend usw.) für alle Abende geliebte Dauerveranstaltungen zu 2 M., 4 M., 6 M. einchl. Kleiderablage, bei: Volksbildungsamt, im Stadthaus; Götterbuchhandlung, Hohenstraße 18; Spartakassenstelle, Berliner Str. 135; Spartakassenstelle, Kurfürstendamm 91; Spartakassenstelle, Schmargendorf, Breite Str. 14. Erster Abend: 17. Oktober, Konzert, Lieber, Arien. Außerdem werden an den Freitagen, 18. u. 26. Oktober, 1. 8. 15. u. 22. November, immer 8 Uhr abends, sechs Vortragsabende veranstaltet, an denen Walter Herd. Arrogmann über „Besinnlichkeiten im Kunstleben der neuen Zeit“ (Leib, Liebermann, Corinth, Elszegg, Kama, Hobler, Barock) spricht. Für alle Abende geliebte Dauerveranstaltungen einchl. Kleiderablage zu 2 M. (Schüler 1,50 M.) im Volksbildungsamt und in der Götterbuchhandlung. Umkleekarten einchl. Kleiderablage zu 50 Pf. (Schüler 20 Pf.) nur im Volksbildungsamt und an der Abendkasse. Erster Abend: 18. Oktober, über Leib.



Ob »ihr« was passiert ist?

I wo! Frauen können nicht immer pünktlich sein (zumal wenn sie sich für das Stelldichein besonders nett anziehen!)

Heraus mit dem Caid-Karton aus dem Paletot! Blumenstrauß und griesgrämiges Gesicht - das verträgt sich nicht. Mit einer Caid-Zigarette im Munde merkt man nicht die Viertelstunde. Zumal Caid jetzt einen ganz neuartigen Rauchgenuß bietet!

CAID

5 Pf.

MASSARY-ZIGARETTE!

Besuchen Sie die Tauschbüros: Berlin C₂, Schloßplatz 1 oder Charlottenburg, Goethestr. 45, Ecke Wilmerdorfer Str.

Young-Plan und Finanzreform.

Bundesausschussführung des AfA-Bundes.

Auf der gestrigen Sitzung des Bundesausschusses des AfA-Bundes berichtete Genosse Aufhäuser zunächst über die Arbeiten des Bundesvorstandes. In diesem Bericht war ebenfalls ausführlich die Tätigkeit der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundes, die in immer größerem Umfang die Voraussetzungen dafür zu schaffen sucht, daß die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse nicht nur durch genaue Kenntnis der Tatsachen, sondern auch durch konkrete Vorschläge in den einzelnen wirtschaftspolitischen Fragen gefördert wird.

Gute wirtschaftspolitische Bundesarbeit.

Zur Frage der Aktienrechtsreform, zur Reform des Reichsaufsichtsamtes, zur Revue des Begriffs „Mündelsicherheit“ wurde in eingehender und gründlicher Weise vom AfA-Bund Stellung genommen. Die neu eingerichtete Lohn- und Tariffstatistik des AfA-Bundes wurde voll ausgebaut und ist heute beispielgebend für das Reichsstatische Amt. Der Ausbau der Gehaltsstatistik soll demnächst erfolgen. Wertvolle Erhebungen über die Verwendung des Angestelltenvermögens (Haushaltungsstatistik) werden demnächst veröffentlicht. Als neues Gebiet wird die Bilanzuntersuchung gepflegt; gerade jetzt ist die erste Schrift über die Waggonindustrie erschienen, die für die ganze Industrie eine einheitliche Bilanzanalyse durchführt.

Für die Arbeiterklasse sind diese Arbeiten von hohem Wert, denn was die Unternehmer an Publizität der Öffentlichkeit verweigern, wird hier durch gewerkschaftliche Arbeit, durch die Arbeiterklasse selbst der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Genosse Marx vom Allgemeinen Verband der Banlangestellten regte eine Erhebung über die Aufsichtsratsstimmungen an und darüber, wie stark einzelne Persönlichkeiten durch diese Aufsichtsratsstimmungen profitieren. Diese Untersuchung sei nötig angesichts des brutalen Abbaus, zu dem im Zusammenhang mit den gegenwärtigen und kommenden Fusionen in der Bank- und Industriewelt die deutschen Wirtschaftsführer jederzeit bereit seien. Beim AfA-Bund wurde auch ein neues Referat für Wohnungsfragen errichtet und zwar zur wissenschaftlichen Bearbeitung der Wohnungsfrage, nachdem die von den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden gegründete „Demog“ mit ihrer geschäftlichen Tätigkeit voll ausgefüllt ist.

Der Bericht über die sozialpolitische Arbeit des Bundes ließ den großen Anteil erkennen, den der Bund und sein Vorsitzender Aufhäuser am dem Kampf um die Arbeitslosenversicherung hatte. Genosse Aufhäuser sagte, die Sozialpolitik befinde sich in einem Stadium, wo es sich im Augenblick nicht entscheiden um den Auf- und Ausbau, sondern sehr ernst um die Veränderung des Abbaus durch die geschlossene Front des Privatkapitals handele. Viel mehr, als das bisher geschehen ist, müsse das auch von allen Funktionären im Reich erkannt werden. Einen Vorgesand von der Schwere dieser Kämpfe habe der Kampf um die Arbeitslosenversicherung gegeben, der ein gewerkschaftlicher Erfolg war, da der Abbau der Leistungen verhindert werden konnte. Für die älteren Angestellten, deren Schicksal immer trostloser werde, habe sich noch wenig erreichen lassen. Das Schicksal der älteren Angestellten werde aber durch die neue Großbankfusion auch für den Reichstag zur Debatte gestellt, wobei der AfA-Bund es an den ernstesten Anstrengungen nicht fehlen lassen wird. Genosse Frey Schröder wies in der Diskussion darauf hin, und Genosse Aufhäuser unterstrich seine Bemerkungen, daß die noch ausstehende Sanierung der Reichsanstalt kein politisches Schandobjekt bei der Neuordnung der Besteuerungen werden dürfe. (Bergl. auch Gewerkschaftsteil.)

Die größte Aufmerksamkeit der Tagung galt dem Referat des Genossen Dr. Fuhr, des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung, über

Weltwirtschaft, Reparationen und Reichsfinanzen.

Die Neuordnung der Reparationen, wie sie im Haag gefunden worden ist, sei der Ausdruck des weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisses der Gegenwart; die Durchführung des Young-Planes sei in Verbindung mit der Reform der Reichsfinanzen von entscheidender Bedeutung für das soziale Gleichgewicht

der Klassen in Deutschland. Im Hintergrund der Young-Plan-Regelung stehe der friedliche amerikanische Imperialismus des U.S.A.-Präsidenten Hoover, der umsonst die Existenz dieses Imperialismus leugne. Was wir in Deutschland negativ Heberfremdung nennen sei positiv amerikanischer Imperialismus, dessen Zeugen die Aktivität des Bankhauses Morgan und Owen Youngs selber seien, die für die Allianz zwischen der General-Electric und AEG verantwortlich sind. Die Durchführung des Young-Planes stoße auf eine immer mehr sich verschärfende Konkurrenz und auf immer höhere Zollmauern zwischen den großen Industrieländern, und diese Schwierigkeiten müßten zu einer Krise führen, wenn es nicht gelänge, den Warenstrom des Welthandels in eine andere Richtung zu lenken. Auch diese Richtung sei von den Amerikanern ausgeht. Amerika erobere gegenwärtig Rußland und auch die Reparationsbank habe mit die große Aufgabe, dem Weltmarkt neue Abflugsgebiete zu erschließen.

Die innerpolitische Bedeutung des Young-Planes für Deutschland sei eine Steuerfrage

und hänge von der Finanzreform ab, in der entschieden werde, wer die Kriegslasten zu tragen habe. „Steuerliche Kämpfe waren seit jeher Klassenkämpfe. Sie sind es heute mehr denn je. Die Bedeutung der Steuerkämpfe wächst in einem Zeitalter, in dem sich nach den Worten Otto Bauers ein Gleichgewichtsverhältnis der Klassen herausgebildet hat.“ Angesichts dieser Verhältnisse sei das Schicksal der öffentlichen Wirtschaft des Staates und der Gemeinden, deren Privatfinanzierung das Ziel des Privatkapitals ist, auch für die Arbeiterklasse von großer Bedeutung. „Die politische Macht der Arbeiterklasse wächst in dem Maße, wie es gelingt, die Kapitalbildung der öffentlichen Hand zu fördern.“ Die Vertreter des Kapitalismus wollen einen armen Staat, der die Regierung von den Finanzmächten abhängig macht. Nur ein harter und reicher Staat könne ein fester Rückhalt für die Sozialpolitik und für den politischen Einfluß der Arbeiterklasse sein.

Die Wünsche nach fühlbarer Senkung der Steuern seien begründet. Vor jeder Steuerentlastung müsse die Sanierung der Reichsfinanzen stehen. Bevor die Reparationserleichterungen als Steuerentlastungen sich auswirken können, müsse der Etat, sowohl der ordentliche als der außerordentliche, saniert werden. Gegenüber der Schwedenanleihe seien die finanziellen Bedenken noch geringer als die durch die scheinbaren Zinsvorschiebe hervorgerufenen wirtschaftspolitischen Bedenken. Die Hoffnung auf eine Auslandsanleihe für das Reich, die mit wirtschaftspolitischen Verpflichtungen verknüpft sei, brauche gegenwärtig noch nicht begraben zu werden.

In einer Entschliebung

werden die Forderungen des AfA-Bundes zur innerpolitischen Durchführung des Young-Planes grundsätzlich umrissen.

„So müßten demnach an sich eine baldige Auswirkung der Reparationserleichterungen in Form einer fühlbaren Steuerentlastung erscheinen mag, dringlicher und notwendiger ist die Sanierung der Reichsfinanzen.“

Die Reparationserleichterungen dürfen nicht in einheitlicher und schematischer Steuerentlastung zugunsten einer ungeschicklichen Kapitalbildung in den Unternehmen verwandelt werden. Unbedingt notwendig ist vielmehr die Erleichterung der Lebenshaltung der breiten Massen durch eine wesentliche Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Die Reform muß die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden als eine Einheit begreifen und deren sozialen Bedarf unter allen Umständen sicherstellen.

Der AfA-Bund wendet sich daher aufs entschiedenste gegen alle Bestrebungen, die die Finanzkraft des Staates und damit die Grundlage seiner Sozialpolitik zerstören.“

In der Diskussion über diese Entschliebung wurden in scharfer Weise schwere Bedenken gegen die bisher bekannten offiziellen Pläne zur Reichsfinanzreform geäußert. Sehr nachdrücklich wurde auch die schärfere Belastung der Genusmittel und der Abbau der höheren Steuerstufe abgelehnt.

Kapitalmangel / Kapitalflucht.

Ungünstiger Maschinenbaubericht für September.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten berichtet für den Monat September von einer ungünstigen Entwicklung in der Maschinenindustrie. Sowohl bei den Aufträgen als auch bei den Aufträgen sei weder im Inland- noch im Auslandsgeschäft das Augustergebnis erreicht worden, das seinerseits schon hinter den Juli zurückgefallen war. Die an der Gesamtzahl der geleisteten Arbeiterstunden gemessene Beschäftigung ging von 70 auf 68 Prozent zurück. (Man sollte die Grundlagen dieser Berechnung einmal entsprechend den Rationalisierungsfortschritten revidieren.) Nachrichten über Verkürzung der Arbeitszeit und sonstige Betriebsbeschränkungen mehrten sich. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß der im Juli und August bereits festgestellte ruhigere Beschäftigung mehr gewesen sei, als nur eine Folge der üblichen Geschäftskrisis im Hochsommer. Im dritten Quartal sei eine rückläufige Tendenz der Beschäftigung nicht zu verkennen. Immerhin hätten sich die Auftragsaufträge aber doch wesentlich besser gehalten als die Aufträge aus dem Inland.

Die entscheidende Ursache für diese Ermattung erblickt der VDM im deutschen Kapitalmangel und in der Anspannung auf den internationalen Kapital- und Geldmärkten. Die rückläufige Konjunktur verringere zusammen mit den teuren Kapitalverfügungswahlmöglichkeiten die Summe der Reinvestitionen und müsse auch zwangsläufig einen Rückgang des inländischen Maschinenabbaues nach sich ziehen.

Diese Schlussfolgerung scheint uns etwas überaus Einmal dürfte die Kapitalbildung in Deutschland viel größer sein als sie scheint; denn es ist Tatsache, daß deutsches Kapital heute in Massen jenseits der deutschen Grenzen verwaist wird — man frage einmal die Rechtsanwaltsbureaus in der Schweiz und in Holland — und es ist weiter Tatsache, daß die unaufhörliche Aktienhausse in New York sehr wesentlich auch vom spekulierenden deutschen Kapital gefördert wird. Die tote Berliner Börse und der Stillstand der Emissionen im Inland sind noch kein Beweis für eine rückgängige Kapitalbildung in Deutschland.

Deshalb darf man auch der vom VDM erhobenen Forderung ruhig mit etwas Skepsis gegenüberstehen, daß die auf der Wirtschaft ruhenden steuerlichen und sonstigen Lasten mit Rücksicht auf die ungenügende Kapitalbildung abgebaut werden müssen. Erstes ist freilich der Hinweis, daß die internationale Konjunkturermittlung vor Rückschlüssen stehe. Aber gerade

solche Rückschlüsse in der bisherigen internationalen Hochkonjunktur müßten dazu führen, daß das Geld und das Kapital auf den großen transozeanischen Emissionenmärkten billiger wird, wofür schon jetzt ein Anzeichen in der Tatsache vorliegt, daß der Preis für tägliches Geld in New York im Laufe von wenig Wochen von 8 auf 3 1/2 Prozent zurückgegangen ist, und daß man in New York allen Ernstes — trotz der fortwährenden pathologischen Aktienspekulation — in absehbarer Zeit wieder eine Diskontermäßigung erwartet.

Unterbrochene Schwedenverhandlungen?

Jvar Kreuger nach London abgereist.

Nach verschiedenen Meldungen sollen die Verhandlungen mit dem Schwedenkredit unterbrochen worden sein, da Jvar Kreuger am Sonnabend nach London abgereist ist. Die Verhandlungen sollen jedoch noch in dieser Woche mit den Bevollmächtigten Jvar Kreugers wieder aufgenommen werden.

Eine Meldung, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, besagt, daß über alle wesentlichen Punkte bereits eine Verständigung mit dem Schwedenkredit erzielt worden sei. Unter anderem soll sich der Ausgabekurs der sechszehnjährigen Anleihe nur auf 98 Prozent stellen, so daß die tatsächliche Verzinsung sich auf rund 6,5 Prozent erhöhe.

Die Aktionäre der Jündholz-Monopol-Gesellschaft sollen eine auf 8 Prozent festgesetzte Dividende beziehen, während die darüber liegenden Ueberschüsse der Schwedenkredit und das Reich nach einem noch nicht festgelegten Verhältnis erhalten.

Finanznot — Entkommunalisierung.

Neue Verträge der Dessauer Gasgesellschaft.

Die Dessauer Gasgesellschaft ist die Urheberin jener großen Gas-, Elektro- und Industrialförderungspläne, die gegenwärtig im Magdeburger Industriegebiet durchgeführt werden. Die Gasversorgung Magdeburg-Anhalt A.G. die für die Großgaserei Mitteldeutschland A.G. den Gasverkauf durchführt, hat mit der Stadt Staßfurt einen Vertrag abgeschlossen, nach dem vom Jahre 1930 ab die Gasversorgung der Stadt durch die Gasversorgung Magdeburg-Anhalt A.G. erfolgen soll. Mit der Stadt Burg werden Verhandlungen darüber geführt, daß das städtische Gaswerk am 1. November von der Magdeburger Verkaufsgesellschaft pachtweise übernommen wird. Bei dieser Gelegenheit erhält nach den

Meldungen des BTR die Stadt Burg durch Vermittlung der Magdeburger Verkaufsgesellschaft, also durch die Vermittlung der Dessauer Gasgesellschaft, eine Anleihe in Höhe von 400.000 Mark für allgemeine städtische Zwecke. Verhandlungen laufen ebenfalls mit der Stadt Leopoldshall mit ähnlichen Zielen.

Der Gegenleistungsvertrag der Stadt Burg, das städtische Gaswerk auf privatem Einfluß zu unterstellen und dafür eine Anleihe von 400.000 Mark zu gewähren, ist ein typischer Fall für die Art, wie die Finanznot der Städte für die kalte Privatfinanzierung durch das Privatkapital heute ausgenutzt wird. Solche Fälle gehen jetzt schon in die Dutzende. Die Deffektivität muß sich dieser äußerst bedenklichen, nur durch die Finanznot der Städte herbeigeführten Entwicklung viel stärker entgegenstellen, als es bisher geschehen ist.

Die Anleihe für die Stadt Burg ist gewiß nicht groß, aber man hört, daß den privatkapitalistischen Konzernen, die auf diesem Gebiet tätig sind, ausländisches Geld in jeder Höhe zur Verfügung steht, während auf der anderen Seite für die Städte und sogar für das Reich selbst keine langfristige Anleihe beschafft werden kann. Man muß sich fragen, ob hinter diesen Kapitalbeschaffungsschwierigkeiten öffentliche Stellen nicht schon ein System steckt, und ob nicht auch im Ausland schon Kräfte am Werk sind, die in Verbindung mit der deutschen Finanz Privatfinanzierung öffentlicher Werke durch den Kapitalbankrott fördern.

Gute Lage der Kruppschen Maschinenbetriebe.

Neueinstellungen im Waggon- und Lokomotivbau.

In den Maschinenbetrieben des Krupp-Konzerns, besonders im Lokomotiv- und Waggonbau, hat sich eine kräftige Beseitigung durchgesetzt. Während in den Hochöfen und Stahlwerksbetrieben erst kürzlich Entlassungen in Aussicht gestellt wurden, sollen im Laufe dieser Woche größere Neueinstellungen im Waggon- und Lokomotivbau erfolgen.

Zugleich hören wir, daß die schon zu Beginn des Jahres aufgenommenen Verhandlungen mit dem Linke-Hofmann-Busch-Konzern in Breslau, die auf Abtretung des Breslauer Lokomotivbetriebs an Krupp abgestellt sind, jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Da Krupp an Linke-Hofmann eine Barabfindung für Ueberlassung des Lokomotivbaus leisten oder einen anderen Betriebszweig an das Breslauer Unternehmen abtreten wird, ist noch nicht bekannt. Da Krupp schon vor Jahren den Lokomotivbetrieb der Rheinmetall-Gruppe übernommen und erst ganz kürzlich die große Lokomotivfabrik Hohenzollern L.G. in Düsseldorf erworben hat, würde er bei positivem Abschluß der Verhandlungen mit Linke-Hofmann neben dem jetzt weitläufigen an erster Stelle stehenden Lokomotivunternehmen Henschel u. Sohn in Kassel zu einem der führenden Lokomotivwerke in Deutschland aufrücken.

In zwei Jahren 115 Prozent Dividende

Wie an Schallplatten verdient wird.

Die Gewinne des englischen Grammophon- und Schallplattenkonzerns Gramophone Company, dessen Erzeugnisse unter der Marke „Die Stimme meines Herrn“ (His Masters voice) bekannt sind, übertreffen im Geschäftsjahr 1928/29 noch den bisherigen Rekordstand des Vorjahres.

Die Dividende wurde von 55 auf 60 Prozent heraufgeschraubt, so daß in den beiden letzten Jahren 115 Prozent Dividende auf das Kapital von 32 Millionen Mark gezahlt wurde. So phantastisch schon diese an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinne anmuten, bleiben sie dennoch weit hinter dem ausgemessenen Reingewinn — von den tatsächlichen Gewinnen, die zum Teil versteckt sind, gar nicht zu reden — zurück. In den beiden letzten Jahren wurden zusammen 46,6 Millionen Mark, also fast 150 Prozent des Aktienkapitals als Reingewinn ausgewiesen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Klagen der Käufer über die unerhörte hohen Schallplattenpreise kein Ende nehmen.

AEG. gegen Siemens.

Wir haben am Sonntag ausführlich über den Angriff des Herrn Dr. C. F. v. Siemens, des Chefs des Siemens-Trustes, gegen jene Elektrizitätsgesellschaften berichtet, die Verbindungen mit dem ausländischen Kapital eingegangen sind. Der Angriff war unentbehrlich gegen die Leitung der AEG. gerichtet. Die AEG. wird zu diesem Angriff nicht schweigen. Wie mitgeteilt wird, will der Vorstand der AEG. in offizieller Form auf die Angriffe des Herrn v. Siemens antworten, sobald ihm der authentische Wortlaut der Rede vorliegt. Man darf auf den Dialog zwischen der AEG. und Siemens, der auch von grundsätzlicher Bedeutung für die deutsche Wirtschaftsführung ist, gespannt sein.

Milcharten in Moskau.

Vor kurzer Zeit wurden in Moskau Milcharten für Kinder eingeführt und jetzt wird noch eine weitere Einschränkung des Milchverkaufes vorgenommen. In Moskau soll Milch nur noch an 25 Tagen im Monat verkauft werden. Kinder bis zu 12 Jahren erhalten nur noch einen halben Liter Milch täglich.

Frankreich kauft Großflugboot „Rohrbach-Komar“. Die Rohrbach-Werke in Berlin haben einen französischen Auftrag auf den Typ „Rohrbach-Komar“ übernommen, der einen Millionenwert darstellt. Dieser Exportauftrag ist deswegen sehr interessant, weil es überhaupt der erste französische Auftrag auf ein Großflugboot ist, den Deutschland erhält und der beweist, daß auch Frankreich von den technischen Vorzügen der deutschen Erzeugnisse überzeugt ist. Der bestellte Großflugboottyp „Rohrbach-Komar“ ist derselbe, den die Deutsche Luftflotte bereits in der Ostsee erprobt, um ihn auf großen Ueberseeerfordern einzusetzen.

Grünfeld gibt 10 Prozent Jubiläums-Vergütung.

Anlässlich des 40jährigen Bestehens meines Berliner Hauses biete ich meinen Kunden in der Zeit vom 15. bis 24. Oktober ein besonderes Festgeschenk: 10 Prozent Vergütung auf alle Bareinkäufe. Selbst bei Ausverkäufen und Sonderveranstaltungen habe ich es sonst stets abgelehnt, außer den Preisberabstimmungen der Restbestände, auch auf meine regelmäßig geführte gute Ware einen Rabatt zu gewähren, weil die Preise in meinem Hause so gestellt sind, daß sie einen solchen allgemeinen Nachlaß nicht vertragen. Deshalb bedeutet die Jubiläumsvergütung von 10 Prozent eine besondere Gelegenheit für alle Kunden des größten Sonderhauses für Feinen und Wäcker, der

Lebhafter Leben- und Wohlstand
F. Grünfeld

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind ...

Die Schulpflicht für die Arbeiterkinder ...

1. Kreis Mitte, Abteilungen 1 bis 7, Mittwoch, 16. Oktober, 19 1/2 Uhr ...

7. Kreis Wedding, heute, Dienstag, 15. Oktober, 19 1/2 Uhr ...

8. Kreis Friedrichshagen, Freitag, 15. Oktober, 18 1/2 Uhr ...

13. Kreis Tempelhof, der für heute, Dienstag, angelegte Beginn des ...

14. Kreis Prenzlauer Berg, Dienstag, 15. Oktober, 19 1/2 Uhr ...

heute, Dienstag, 15. Oktober:

8. Abt. Die Bezirksleiter werden gebeten, das Werbematerial ...

13. Abt. Die Bezirksleiter holen Werbematerial von ...

14. Abt. Charlottenburg, 20 Uhr im ...

15. Abt. Salzenberg, 20 Uhr bei ...

16. Abt. Wilmersdorf, 20 Uhr bei ...

17. Abt. Schöneberg, 20 Uhr, ...

18. Abt. Tempelhof, Treffpunkt zur Demonstration ...

19. Abt. Kreuzberg, 20 Uhr in der ...

20. Abt. Prenzlauer Berg, 20 Uhr in der ...

Morgen, Mittwoch, 16. Oktober:

1. Abt. 20 Uhr Versammlung der ...

12. Abt. 19 1/2 Uhr bei ...

14. Abt. 20 Uhr Schöneberg bei ...

15. Abt. 19 1/2 Uhr Schöneberg bei ...

16. Abt. 19 1/2 Uhr Schöneberg bei ...

17. Abt. 19 1/2 Uhr Schöneberg bei ...

18. Abt. 19 1/2 Uhr Schöneberg bei ...

19. Abt. 19 1/2 Uhr Schöneberg bei ...

20. Abt. 19 1/2 Uhr Schöneberg bei ...

Öffentliche Versammlungen

Heute, Dienstag, den 15. Oktober:

85. Abt. Tempelhof, Treffpunkt zur Demonstration ...

Morgen, Mittwoch, den 16. Oktober:

7. Kreis Charlottenburg, 19 1/2 Uhr im ...

32. Abt. Friedrichshagen, 20 Uhr in ...

Donnerstag, den 17. Oktober:

9. Kreis Wilmersdorf, 20 Uhr im ...

108. Abt. Köpenick, Treffpunkt zum ...

Erscheint in Massen!!

(Leserbrief) ...

26. Abt. 19 1/2 Uhr in der ...

28. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

33. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

43. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

46. Abt. 19 1/2 Uhr in der ...

49. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

47. Abt. 19 1/2 Uhr bei ...

73. Abt. Schöneberg, 20 Uhr im ...

74. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr ...

Schöneberg, 77. Abt., 19 1/2 Uhr ...

78. Abt. 20 Uhr im ...

82. Abt. 20 Uhr bei ...

83. Abt. 20 Uhr bei ...

85. Abt. 20 Uhr bei ...

88. Abt. 20 Uhr im ...

91. Abt. 20 Uhr bei ...

92. Abt. 20 Uhr bei ...

109. Abt. 20 Uhr im ...

113. Abt. 20 Uhr bei ...

126. bis 130. Abt. 20 Uhr bei ...

132. Abt. 20 Uhr bei ...

134. Abt. 20 Uhr bei ...

136. Abt. 20 Uhr bei ...

137. Abt. 20 Uhr bei ...

138. Abt. 20 Uhr bei ...

139. Abt. 20 Uhr bei ...

140. Abt. 20 Uhr bei ...

141. Abt. 20 Uhr bei ...

142. Abt. 20 Uhr bei ...

143. Abt. 20 Uhr bei ...

144. Abt. 20 Uhr bei ...

Wie bereiten Sie Tee? Selbstverständlich nur in der 'Komplett-Teekanne' mit dem Zugsieb. Includes illustration of a woman making tea.

Theater, Lichtspiele usw. Listings for various theaters including Staats-Oper, Volksbühne, and others.

Pierre Descaves: Die beiden Väter

Der Verfasser war französischer Anwaltskommissar im besetzten Rheinland. Seine Einblicke hat er in dem lebendigen Erlebnis "Das Kind der Wälder" (L'enfant de la forêt) niedergeschrieben. In dem Buche, das sich nicht zum Gedächtnis einer deutsch-französischen Verständigung bezieht, ist die nachfolgende Geschichte einzuzeichnen.

Anfangs 1923 wurden die Leichname aller französischen Soldaten, die nach dem Krieg im Rheinland gestorben und bestattet worden sind, ausgegraben und nach Frankreich geschickt. In meinem Amtsbezirk gab es deren nur sehr wenige. Die Familien wurden verständigt, daß sie bei der Exhumierung anwesend sein könnten. Niemand antwortete. Nur aus der Bretagne kam ein Brief. Es war der Vater des Soldaten Le Guennec, der im Friedhof der kleinen Kreisstadt bestattet lag. Der Vater Guennec teilte mir mit, daß er kommen werde, um den Leichnam seines Sohnes ausfindig zu machen. Aber vergebens wartete man auf ihn und so wurde der Sorg vom Transportdienst an die Grenze gebracht. Am nächsten Tage meldete man mir den alten Le Guennec. Er hatte sich in der Richtung gerührt und einen langen Umweg gemacht. Es war ein alter, knorriger und schweigsamer Bauer. Er verriet seine Enttäuschung lediglich durch eine unwillkürliche Bewegung seines linken Armes, mit dem er eine alte Blechschachtel gegen die Brust drückte.

"Sie sollen nicht umsonst die große Mühe auf sich genommen haben," erklärte ich ihm, "wir wollen zusammen auf den Friedhof gehen, und wenn Sie wollen, führe ich Sie auch zu dem Gehöfte, auf dem Ihr Sohn arbeitete. Ich weiß, wie Ihr Sohn gestorben ist und werde es Ihnen auf dem Weg erzählen."

Vater Guennec nickte Zustimmung und folgte mir. Ich erzählte ihm, wie sein Sohn an den Folgen eines Hufschlages gestorben war. Schweigend schritt der Bauer an meiner Seite einher; nichts verriet seine Rührung, nur daß er seine Lippen fester aufeinanderpreßte. Auf dem steilen Fußweg, der zum Friedhof führte, entdeckte er sein Haupt, als begleitete er einen Leichenzug. "Da sind wir," sagte ich. Man sah, daß die Erde erst vor kurzem aufgedeckt worden war. Ich trat einige Schritte hinter den Alten zurück. Er blieb lange unbewegt, dann sah ich, wie er sich niederlegte und ein wenig Erde aufhob, die er in seine Blechschachtel legte. "Das ist der Wunsch der Mutter," erklärte er mir, indem er aufstand, als wolle er sich entschuldigen. "Sie will in diese Erde in einem Topf ein paar Blumen pflanzen. . . in diese Erde, die ihr Kind bedeckt hat. . ." Er sprach ganz ruhig, nur seine alten Hände wühlten in der Erde und zitterten dabei leicht. Wir stiegen wieder ins Dorf hinunter; die Leute lächelten und kamen zu den Türen. Sie wollten den Vater des französischen Soldaten sehen. Viele erinnerten sich an den großen freundlichen Jungen, den ein ausschlagendes Fieber in so sinnloser Weise getötet hatte. Vater Guennec legte endlich seine Stummheit ab. "Warum schauen Sie mich so an?" brummte er, "bin ich denn ein wildes Tier?" Ich glaubte schon, daß er die Leute zur Rede stellen wolle. Aber alle Umstehenden nahmen ihre Hüte ab. Auch der alte Bauer berührte mit dem Finger seinen Hut.

Jetzt waren wir mitten auf dem Wege. "Nicht sehr fruchtbar ist der Acker," meinte er mit Kennenblick, "aber gut bebaut."

Am Straßenrande, vor dem Bauernhof, erwartete uns der Sohn des deutschen Landwirts, den ich von unserem Besuch hatte benachrichtigen lassen. Er entschuldigte seinen sehr bejahrten Vater, der uns nicht hatte erwarten können. Le Guennec nahm wieder seinen harten, unerschütterlichen Gesichtsausdruck an. Die ganze Familie des Landwirts hatte ihre schönsten Kleider angelegt, was dem alten bretonischen Bauern nicht eniging. "Sie glauben wohl,

das ist ein Festtag für sie," sagte er halblaut. Aber er sprach diese Worte ohne tiefere Ueberzeugung und ich merkte, daß er im Grunde über diese Aufmerksamkeit sehr gerührt war. Der deutsche Landwirt schien noch gerührter zu sein als Le Guennec. Nach kurzem Zögern entschloß er sich, uns durch den Bauernhof zu führen. "Hier hat er geschlafen. . . Hier hat sich das Unglück ereignet. . . Und hier hat man ihn gepflegt, bevor er ins Spital gebracht wurde. . ." Ich überlegte Le Guennec diese Worte, noch während der andere sprach. So besichtigten wir den ganzen Bauernhof. Der deutsche Landwirt erwähnte von Zeit zu Zeit den Verstorbenen mit einem Lächeln, dem ich meine Bewunderung zeigte; aber nicht minder staunte ich über die Sachlichkeit, mit der Le Guennec die Erklärungen des anderen entgegennahm. Er stellte keine Fragen und nickte nur mit dem Kopfe, ähnlich einem Vorgesetzten, der den Bericht seines Untergebenen entgegennimmt.

Es kam ein Augenblick, da die beiden Männer in einem Raume, einer Art von Waschküche, allein waren. Le Guennec wollte weitergehen, der andere hielt ihn zurück. "Von draußen sah ich unendlich, was sich abspielte. In der Zeichenprache und mit ein paar französischen Brocken versuchte der Deutsche dem Franzosen klar zu machen, daß auch er zwei Söhne verloren habe. Er beruhigte sich erst, als Le Guennec ihn mit den Worten "Verstanden. . . ich habe verstanden. . ." unterbrach. Von Angesicht zu Angesicht einander gegenüberstehend, schienen sie weniger befangen, als wie wenn sie sich in der gleichen Sprache verständigt hätten. Plötzlich schüttelten sich die Schultern des Deutschen im Weintramp. Da sah ich, wie sich die rauhe, gebräunte Hand Le Guennecs auf die Schulter des Deutschen legte und wie sie sodann jort den Kopf des anderen streichelte, als wolle er eine Falte glätten. Es schien als wolle ein alter Freund den Deutschen in seinem Gram trösten. . . Ich hustete, um meine Anwesenheit zu bekunden. Sogleich trennten sich die beiden Väter, damit ihre Schwächenanwandlung ihr Geheimnis bleibe und nicht dem Fremden, der ich war, preisgegeben werde. Der Landwirt bat so sehr, daß Le Guennec an der in der Küche vorbereiteten Mahlzeit teilnahm. Nur die beiden Männer hatten Platz genommen. Die Frauen und Kinder umgaben sie stehend und jeder wusch etwas von dem Verstorbenen zu berichten. Mein Begleiter lächelte mir unmerklich zu und berührte kaum die Speisen, die man ihm vorsetzte. Als wir aufbrachen, war es Abend geworden. Ich begleitete den Vater Guennec zum nahen Bahnhof. Auf dem Wege wechselten wir kein Wort. Mehrmals war er schon nahe daran, aber erst im letzten Augenblick entschloß er sich zu sprechen. "Glauben Sie nicht," sagte er, "daß ich mich mit diesen Leuten zuviel eingelassen habe? Man hat mir zu Hause oft gesagt, daß man diese Menschen wie Hunde behandeln muß. Aber, wenn man so weit weg ist, weiß man ja von nichts, man glaubt an alle dummen Geschichten. . . man setzt sich etwas in den Kopf. . . und schließlich gibt es doch Dinge, die einen einander näherbringen. . . Also, glauben Sie, daß mein Junge mit mir zufrieden wäre, wenn er mich so mit den Deutschen gesehen hätte?" Es war das erstemal, das er von seinem Sohne sprach. Das pösterererbundene Kind, wenn auch unter der Erde, hatte seine Sendung erfüllt. Lange zurückgehaltene Tränen rannen über die Wangen des Vaters, eines Landmannes, der aus dem Herzen Frankreichs gekommen war, um einen Leichnam zu suchen, und der nichts heimtrag als ein wenig geheiligte Erde in einer Blechschachtel und das gleichfalls geheiligte Gefühl, mit der Seele eines fremden Menschen eins geworden zu sein. . .

(Berechnete Uebersetzung aus dem Französischen von Leo Korten.)

Das Streichholz als Weltmacht

Der schwedisch-amerikanische Zündholztrübs streckt man auch nach Deutschland seine Hand aus, um sein Ziel, das Weltmonopol, zu erreichen. So ist das unscheinbare Hölzchen, das man so achtlos fortwirft, zu einer Weltmacht geworden, mit der Millionen verdient und ganze Völker zur Tributleistung gezwungen werden. Aber das gegenwärtige Geschlecht, das sich seine Streichhölzchen nicht verteuern lassen möchte, ist sich gar nicht mehr bewußt, welche Wohltat ihm durch diese Erfindung zuteil geworden ist, und es kann sich gar nicht mehr vorstellen, wie schwer dem Vorfahren noch vor 100 Jahren das Feuermachen wurde. Im Winter hielt man damals noch meistens im Ofen oder am Herd eine glühende Kohle, an der der "F i d l u s", ein Papierfächer, entzündet wurde. Hatte man aber kein Feuer in der Hand, so mußte man es mit einem Feuerzeug "anmachen", und das war keine leichte Arbeit. Das gewöhnliche Feuerzeug bestand aus Stahl, Eisen und Schwamm. Ein Stückchen Feuerstein wurde auf den Stein gehalten und dann wurde mit dem Stahl solange an dem Stein herangekehrt, bis der Schwamm durch einen der heraussprühenden Funken Feuer gefangen hatte. An den glühenden Schwamm hielt man dann einen Schwefelstängel, der nach einiger Zeit in einer hellen Flamme brannte. War eins der benutzten Werkzeuge schlecht, so konnte man sich lange abmühen, bis man Feuer hatte; jedenfalls aber dauerte die Operation immer ein paar Minuten. Neben dem Schwefelstängel gab es seit 1800 Schwefelhölzer, d. h. Stäbchen, die in Schwefel getaucht waren. Aber auch sie konnten erst in Brand gesetzt werden, wenn man vorher Feuer gemacht hatte. Um diese Tätigkeit ein wenig abzukürzen, kamen damals allerlei Apparate auf, die sogenannten "Zündmaschinen" oder "Zunderbüchsen". Im Gesellschaftszimmer wohlhabender Leute stand ein schönes Mahagonistisches, in dem sich ein Instrument befand, das auf einen bloßen Hebeldruck hin an einem dadurch glühend gewordenen Platinschwamm den Föhnbus entzündete. Das war das Döbereinerische Feuerzeug; die Entzündung wurde durch Entzündung von Wasserstoffgas hervorgerufen. Mit den Fortschritten der Chemie kamen Feuerzeuge auf, bei denen man besondere Zündhölzchen nur in eine kleine Büchse zu tauchen brauchte; um sie in Brand zu setzen. In diesen rollierten Büchsen befand sich chloräures Kali, mit dem man sich die Meißel verlorb, wenn das Feuerzeug unglücklicherweise wackelte. Ueberhaupt waren alle diese Vorrichtungen kostspielig, unsicher und un bequem, und es war ein ungeheurer Fortschritt, als schließlich in dem Streichholz ein ganz einfaches, prompt wirkendes Mittel zum Feueranmachen gefunden worden war.

So selbstverständlich uns heute dieses Verfahren erscheint, so mußte doch erst ein langer Weg von vielen Erfindern zurückgelegt werden, um unser Zündholz zu schaffen. Nachdem Robert Bonte 1860 das Mischungsverhältnis der Phosphorbestandteile der Leuchtlichkeit mitgeteilt hatte, verfertigte schon sein Vorfahr, der deutsche Hartwag, aus Phosphor und Schwefelblumen eine Zündmasse, die er an Stelle von Stahl und Eisen benutzte. Aber diese gefährliche und schwer zu handhabende Mischung fand keinen Anklang. Erst ein Jahrhundert später gelang es dem Turiner Forscher Göttsch, die Selbstentzündung des Phosphors an der Luft zu verhindern, und er brachte nun die nach ihm genannten Kerzen in den Handel, die aus einem etwa 4 Zoll langen Wachsstock bestanden; dieser Stock war an einem Ende mit einem Gemisch von Schwefel, Phosphor und Öl überzogen und in ein Glasröhrchen eingeschmolzen. Zerbrach man das Röhrchen und zog den Docht heraus, so sollte sich dieser sofort entzünden, aber das geschah häufig nicht, und außerdem waren die Penlasten Kerzen wegen ihrer Zerbrechlichkeit feuergefährlich. Später erlang der Pariser Apotheker Dorosme ein Feuerzeug, bei dem ein Schwefelholz nicht mehr wie bisher durch Eintauchen in eine Flüssigkeit, sondern durch Reiben an einem rauen Gegenstand entzündet wurde. Damit war die letzte Vorstufe zu dem eigentlichen Streichholz erreicht, aber der entscheidende Schritt mußte noch getan werden. Der Londoner Chemiker Cooper soll bereits 1825 ein solches Zündholz hergestellt haben, aber seine gelehrte Erfindung kam nicht in den Handel. Englische Blätter feierten 1827 den 100jährigen Geburtstag des Streichholzes, indem sie als den eigentlichen Erfinder den Londoner Apotheker John Walter bezeichneten. Dieser stellte Hölzchen mit Phosphorköpfen her und verkaufte sie in Schachteln; in jeder Schachtel befand sich ein Stück Glaspapier, und das Feuer wurde durch die Reibung des Streichholzkopfes an dem Papier erzeugt. Aber Walter war kein Geschäftsmann, und so gebührt der Ruhm, die ersten Streichhölzer in großem Maßstab fabriziert zu haben, einem gewissen Samuel Jones, der 1829, also gerade vor 100 Jahren seine "Zünderhölzer" auf den Markt brachte, deren Zündmasse hauptsächlich aus Chloralkali und Schwefelantimon bestand, und an einem zusammengeflochtenen Stück Sandpapier in Brand gesetzt wurde. Unabhängig von Walter hat der deutsche Johann Friedrich Kommerer 1832 das Phosphorzündholz erfunden; seine Streichhölzer, die er 1842 als politischer Gesandener auf dem Hohenasperg zuerst hergestellt haben soll, wurden 1833 in Darmstadt bereits verkauft, aber, obwohl er in Zürich später seine Fabrik errichtete, bürgerte sich seine Erfindung nicht ein, und er starb 1857 im Irrenhause.

Da das Arbeiten mit Phosphor gesundheitsschädlich war, wurde die Fabrikation solcher Zündhölzer in vielen Staaten verboten, und erst nachdem Schröter 1845 den ungiftigen roten Phosphor entdeckt hatte, war ein Stoff gegeben, um wirklich gefahrlose Streichhölzer herzustellen. Dies tat 1848 der deutsche Chemiker Böttger. Da aber der Prophet bekanntlich in seinem Vaterlande nichts gilt, so fand Böttger mit seiner Erfindung nicht in Deutschland, sondern in Schweden Beachtung, und er errichtete in Vöndöping eine Zündholzfabrik, von der aus die "Schweden" ihren Siegeszug durch die Welt antraten. Kellers Leute erinnern sich noch an die Schachteln der "Vöndöping's Landstadsfabriks", und durch sie wurde das Streichholz erst zum allgemeinen Gebrauchsgegenstand. Nach 1884 schrieb der Kulturhistoriker Bähr: "Man geht jetzt mit den 'Schweden' so verschwenderisch um, daß man sich nicht scheut, ein Streichholz zu verschwenden, auch wo man eine brennende Flamme zum Anzünden behuhen könnte. Der Föhnbus wird bald zu dem ausgestorbenen Geschöpfen zu zählen sein." Seitdem ist er längst ausgestorben, und die "Schweden" sind zur Weltmacht geworden.

Das Wort "Frevel" ist das einzige nicht zusammengesetzte Wort (abgesehen von Eigenamen), in dem wir den f-Laut im Innern mit v schreiben. Bei allen anderen steht das v am Anfang, zum Beispiel von Vater, die Vorsilbe ver-. Wo das v sonst im Innern des Wortes vorkommt, handelt es sich um ein Fremdwort und um den f, sondern um den w-Laut.

Julie Horn: Aepfel im Herbst

In unseren Gärten sind vielerlei Bäume gepflanzt. Unser "Hausapfel" meint, die Kugelapfeln seien die schönsten. Mir aber gefällt ein kleiner Apfelbaum, der hinter dem Hause steht, am besten. Im Frühjahr war er erst über und über voll von duftenden, rosaroten Blüten; als aber pflöglig kalte Nächte mit Schnee und Eis kamen, ließ er braunverrotten die Köpfe hängen, um sie auch nicht wieder zu erheben, als die warme Waisonne sie hell und freundlich beschien. Nur ein paar verpötelte Knospen sprangen noch auf, und wie die abgefallenen waren, hingen acht kleine, pudrige Aepfeln am Baume. Jetzt sind es nur noch sechs, zwei hat der Sturm abgerissen; und einer davon, der einzige, der sein Gesicht der Sonne zeigt, hat sogar rote Backen bekommen. Die andern hängen verdeckt unter grünen Wäldern, und kaum kann man sie sehen.

Aber ich weiß, wo Aepfel hängen, und eine seltsame Sehnsucht überkommt mich, wenn ich unter dem Baum verweile.

Bilder aus meiner Kindheit und Heimat tauchen vor mir auf, Gärten mit blühenden Obstbäumen, deren reife Früchte rot und goldgelb in der herbstlichen Sonne leuchten.

Ein Sommer fällt mir ein, da den Bäumen die Aeste brachen, so schwer und überfüllt waren sie von lauter Aepfeln. Und auch der böse Nachbar, der keine Kinder leiden mochte. Er hatte ja herrlich schmedende Aepfel an seinen Bäumen hängen, aber es war uns verboten, sie aufzulesen. Mein kleiner Freund, das Guckhuhn, hatte mir gesagt, daß die noch viel, viel besser als die unsrigen seien — und so wollten wir uns doch heimlich welche holen. — Aber da kam des Nachbarn großer Hund, der gerade so böse war wie sein Herr und auch die Kinder nicht leiden konnte, und rief mir mein rotes Kleidchen in Fäden und biß mich in die Hand. Meine Mutter war erst erschrocken, wie sie das Blut an meiner Hand sah, als sie aber erfuhr, wie ich zu dieser Verwundung gekommen, gab es nach eine Strafe dazu. — Doch die Aepfel schmeckten gut, und das nächstemal versicherten wir uns erst, ob der Hund an der Kette lag, ehe wir uns an den verbotenen Früchten hielten.

Wie schön war es, wenn die Bäume geschüttelt wurden und wir unsere Köpfe schüßen mußten, wenn wir darunter standen. Draußen am Gartengange standen Kinder, die keinen Garten und keine Aepfel hatten und sehnsüchtig zu uns hereinguckten, die durften mir hereinholen, und sie konnten essen, so viel sie wollten. Wenn sie gingen, bekamen sie die Töfchen noch gefüllt.

Aber das Herrlichste dachte mir damals, wenn Ende September und im Oktober täglich Dutzende von offenen großen Wagen mit zwei Pferden bespannt, gefüllt mit roten und gelben Aepfeln an unserm Hause hinab zur Obstmühle fuhren, wo gemoselt wurde. Hunderte von Kindern, Mädchen und Buben, gingen hinterdrein, und

wenn ein Apfel vom Wagen fiel, stürzten sie sich darauf und gaben sich Prüge und Schläge, weil jeder ihn haben wollte.

Tag und Nacht wurde in der Mühle gearbeitet, und die Straßen waren erfüllt von Duft nach Obst und süßem, schäumendem Most.

In großen Fässern, die mit Ästern und anderen Blumen umkränzt waren, wurde der Most seinem Besizer zugeführt, und die Pferde hatten Glöden um den Hals. Aus allen Häusern roch es nach Kuchen, und die Menschen gingen umher mit lustigen Gesichtern.

Wenn dann, ganz am Ende des Herbstes, der letzte Wagen gekommen war, standen die Buben in kleinen Gruppen beisammen und überboten sich, wer in diesem Herbst die größten Heldenthaten im "Apfelstehlen" verrichtet hatte.

Ah, damals würde mir mein kleiner Apfelbaum, dessen einen roten Apfel ich jetzt täglich betrachte, wie viel er an Frucht gewonnen habe, nur ein mitleidiges Nicken abgeloht haben.

Vorzeichen eines strengen Winters

Aus verschiedenen Anzeichen in der Tier- und Pflanzenwelt, die auf lange Erfahrungen des Volkes zurückgehen, ist bereits des öfteren behauptet worden, daß der Winter, der uns bevorsteht, besonders streng sein und bald eintreten werde. Daß auch die Wissenschaft zu ähnlichen, wenig erfreulichen Ergebnissen gelangt ist, bezeugt der Meteorologe Dr. Großmann in der Wochenchrift "Die Umschau". Nach seinen statistischen Feststellungen ist eine Erfahrungslaisade, daß die Witterung unserer Wintermonate in irgendeinem Zusammenhang mit den großen Ueberschwemmungen in Indien und Kgypten steht. Immer wenn aus den nordwestlichen Provinzen Indiens im August und September Ueberschwemmungen gemeldet werden, und ebenso der Nil ausgedehnte Hochwasser im Sommer und Herbst zeigt, tritt bei uns etwa ein halbes Jahr später große Kälte auf. Nun sind diesmal die durch den Indus hervorgerufenen Wasserfatastrophe besonders furchtbar gewesen, und ebenso erlebte das Niland die stärkste Hochflut seit 1878. Dies kann als ein fast untrügliches Anzeichen für einen ungewöhnlich strengen Winter 1929/30 in Mitteleuropa gelten. Den großen Hochwassern des Nils ist in allen Jahren, in denen sie seit 1869 aufgetreten sind, stets ein kalter Winter in den deutschen Landen gefolgt. Aus ganz anderen Gesichtspunkten ist der bekannte Sonnenfleckenzyklus von demselben Ergebnis gelangt; er gründet seine Annahme auf die Wiederkehr der gleichen Witterung nach neun Sonnenfleckenperioden, also immer nach einem Jahrhundert. Da der Winter 1829/30 bedeutende Kälte brachte, so müssen wir auch diesmal damit rechnen.

